

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162.

Freitag, den 14. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Arbeitslosenversicherung.

Nach etwa in Lübeck. Von derartigen sozialpolitischen Anordnungen ist die hiesige Bürgerschaft nicht geplagt. Bei uns ist man über derartige sozialpolitische Quacksalbereien hinaus.

Aus Köln am Rhein kommt diese Nachricht, die auch die Lübecker Bürgerschaft beschämen sollte. Von einem Kölner Industriellen, Kommerzienrat Schmalbein, ist bereits im Jahre 1896 eine „Königliche Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ gegründet worden, zu der die Stadt Köln einen Zuschuß von jährlich 20 000 Mk. leistet. Nunmehr soll eine neue Versicherungskasse ins Leben treten, die sich von der alten Einrichtung ganz wesentlich unterscheidet.

Zunächst wird die Kasse die Arbeitslosigkeit während des ganzen Jahres erfassen. Dann werden die Arbeiterorganisationen in hervorragendem Maße an der Kasse beteiligt. Die Stadt erhöht ihren Zuschuß bis auf 100 000 Mk., wofür sie 6 von den 20 Sitzen im Gesamtvorstand erhält. Die Versicherten und die Gewerkschaften erhalten 10 Sitze; einen Sitz hat der Vorsitzende der Aufsichtskommission des Allgemeinen Arbeitsnachweises der Stadt Köln und drei entfallen auf die „Stifter“ und „Ehrenmitglieder“. Diese beiden Anfänge sind ein Zugeständnis an die alte Kasse, die man mit ihren 140 000 Mk. Vermögen herübernahm. „Stifter“ ist derjenige, der einen einmaligen Beitrag von 300 Mk., „Ehrenmitglied“, wer jährlich 5 Mk. Beitrag zahlt. Den Gewerkschaften hat man erhebliche Zugeständnisse gegenüber dem ersten Statutenentwurf machen müssen; indes war die Ausschaltung jenes patriarchalischen Anhängels nicht zu erreichen.

Die Mitglieder sind je nach der in ihrem Berufe mehr oder weniger häufigen Arbeitslosigkeit in drei Gefahrenklassen eingeteilt. Innerhalb jeder Gefahrenklasse gibt es zwei Tarife, die je nach der Beitragshöhe eine geringere oder höhere Unterstützung festsetzen. Nach dem ersten Tarif zahlt man, sofern die zuständige Gewerkschaft nicht der Kasse angeschlossen ist, 15, 20 und 40 Pfg. Wochenbeitrag, je nach der Gefahrenklasse, und erhält dafür pro Tag 1,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung während der ersten 20 Tage und 0,75 Mk. während weiterer 40 Tage. Nach dem höheren Tarif erhält man bei 20, 30 bzw. 60 Pfg. Wochenbeitrag 2 Mk. bzw. 1 Mk. Unterstützung. Im Jahre kann hier also an 60 Tagen Unterstützung bezogen werden, die sich im Höchstfalle auf 80 Mk. beläuft. Für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit wird nichts gezahlt.

Die Gewerkschaften zahlen bedeutend geringere Beiträge, bis hinunter zu 2 Pfg. pro Woche und Mitglied. Auf Grund mit der Kasse abzuschließender Verträge können die Gewerkschaften eine Rückversicherung eingehen, so daß ihnen die Kasse je nach der Beitragsdauer pro Tag der Arbeitslosigkeit von 0,75 Mk. bis 1,50 Mk. zahlt, und zwar innerhalb 52 Wochen bis zu 60 Tagen bei dem einzelnen Mitgliede. Die von der Organisation gewährte Arbeitslosenunterstützung muß um mindestens 25 Pfg. pro Tag höher als die Rückvergütung sein. Die Gewerkschaften zahlen, wenn sie in den ersten sechs Wochen nach Gründung der Kasse beitreten, je nach der Gefahrenklasse, 2, 5 oder 15 Pfg., für später beitretende Organisationen jedesmal das Doppelte pro Woche und Mitglied.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni in Köln wurde der Entwurf einstimmig angenommen. Von Bedeutung ist es aber, daß es Arbeiter, die Gewerkschaften, waren, die an diesem sozialen Reformwerk mitgearbeitet haben. Darüber sagte der Beigeordnete Dr. Fuchs, der die Vorlage zu begründen hatte, unter anderem:

„Ich muß übrigens auch von dieser Stelle nochmals den Gewerkschaften großen Dank aussprechen. . . Manche werden in der neuen Einrichtung eine Bevorzugung der Gewerkschaften erblicken. Eine direkte Förderung dieser Organisationen dürfte jedoch bei unserem System nicht eintreten. Wir haben aber die Mitarbeit der Gewerkschaften nötig, weil sie die größten Erfahrungen haben, weil deren Kräfte uns die guten Risiken zuführen, weil sie den Verwaltungsapparat verringern und die Kontrolle erleichtern. Auch weil sie einen Teil der eigenen Beiträge für die Kasse verwenden.“ Zu der Vorlage führte er noch aus, „daß sich die ganze Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aufbaut auf dem Grundsatz paritätischer weitgehender Selbstverwaltung. Natürlich muß die Stadt Zuschüsse bewilligen. Aber sie hat ja auch Vorteile. Die Arbeitslosenzahlung und die Kosten dafür fallen fort. Die eigentlichen Notstandsarbeiten bleiben nur für diejenigen, die sich nicht versichern können oder ausgeteuert sind. Die Armenverwaltung wird ebenfalls entlastet.“

Unser Kölner Parteiblatt bemerkt dazu, „daß die großen Verdienste der Gewerkschaften an diesem sozialen Reformwerk unumwunden, man kann fast sagen, begeistert, anerkannt wurden. Erwähnten schon Beigeordneter Fuchs und später Stadtverordneter Rings die Wichtigkeit der Mitarbeit der Arbeiterorganisationen und sprach der erste ihnen den Dank der Verwaltung aus, so verstieg sich der Stadtverordnete Falk zu einer wahren Lobeshymne auf die „glänzende Vertretung“ der Gewerkschaften. Die macht das nicht eitel. Aber wir registrieren diesen Beweis für die „negierende, zerstörende“ Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung. Und wir erinnern die Herren vom Liberalismus daran, daß es ihre Freunde waren, die vor wenigen Tagen im Reichstage diesen postivo schaffenden Arbeitern die Selbstverwaltung der Krankenkassen entzogen und diese der unfähigen, geistig unfruchtbaren Bürokratie ausgeliefert haben. Wir erinnern diese „Freunde“ der Gewerkschaften daran, daß das von ihnen geschlichte preussische Dreiklassenwahlrecht noch immer die deutschen Arbeiter zu Staatsbürgern minderen Rechts degradiert, und daß dies namentlich elende Wahlrecht es noch immer ermöglicht, daß die größte Gruppe der Kölner Arbeiter im Hansaale unvertreten ist. Und doch haben diese Rechtlosen an dem Reformwerk mitgewirkt, so unvollkommen es zunächst ist. Es war ihnen ja ver sagt, im Stadtrat selbst die Verbesserung der Vorlage zu versuchen. Die Arbeiter denken keinen Augenblick daran, sich damit zufriedenzugeben, und von „Frieden und Versöhnung“, die Herr Falk schon nahen sieht, kann noch lange nicht die Rede sein. Von jedem erstliegenden Posten aus suchen wir die nächste Position zu erobern.“

Der letzte Gewerkschaftskongress in Dresden hat sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung ebenfalls wieder beschäftigt. In einer Denkschrift, die dem Kongress von der Generalkommission unterbreitet wurde, ist das gesamte Material über die Leistungen der deutschen Gewerkschaften für die Arbeitslosenversicherung sowie die bisherigen Versuche im In- und Ausland, aus öffentlichen Mitteln die Arbeitslosenversicherung zu fördern, eingehend dargestellt. Das Referat des Genossen Umbreit auf dem Kongress forderte im Anschluß an die Resolution des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses die Gewährung eines Reichszuschusses zu der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften, die für die Durchführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung die unerlässlichen Träger sind. Als Übergangsstadium betrachtet die einstimmig angenommene Resolution des Referenten einzelstaatliche und gemeindliche Zuschüsse. Hinsichtlich der Arbeitsvermittlung verlangt die Resolution gänzliches Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung und Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung.

Wie weit sind wir in Lübeck noch davon entfernt. Sich zu der Erkenntnis aufzuschwingen, die der Kölner Beigeordnete Dr. Fuchs in die Worte kleidete: „Die wirtschaftliche Entwicklung hat uns in den letzten Jahrzehnten große Wirtschaftskrisen mit ausgedehnter Arbeitslosigkeit gebracht. Diese Erscheinung ist international, und in allen Kulturländern sind Vorschläge zur Milderung der Lage der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gemacht worden“, dazu scheint unserer Bürgerschaft auch die geringste sozialpolitische Einsicht zu fehlen. Gelegenheit dazu wurde von unsern Genossen in der Bürgerschaft schon oft geboten.

Die Arbeitslosigkeit ist eine ständige Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie auch die Krisen im Kapitalismus begründet sind. Die Arbeitslosigkeit abschaffen, heißt die kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine sozialistische umzuwandeln. Hat aber die Arbeiterschaft die Schäden des Kapitalismus allein auszukosten, dann ist die Forderung an Staat und Gemeinde, die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, nur gerechtfertigt.

Die sozialpolitische Rückständigkeit unserer Bürgerschaft zeigt uns, daß von ihrer bürgerlichen Mehrheit nichts zu erwarten ist. Wollen die Lübecker Arbeiter, daß das sozialpolitische Gewissen des Senats und der bürgerlichen Herren unseres Parlaments geschärft wird, dann darf der Kampf um das Rathaus keinen Augenblick erlahmen.

Was in Köln möglich ist, muß in Lübeck erst recht durchgeführt werden können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Ehrenrettung der preussischen Landräte versuchen die „Berliner Politischen Nachrichten“ in einer Polemik, deren Spitze sich gegen den Linkliberalismus richtet. Daß die ländliche Bevölkerung von den Land-

räten politisch abhängig ist, wird rundweg bestritten und zwar leistet sich das Schweinburg-Organ dazu folgende Sätze:

„Wäre diese linksliberale Behauptung richtig, so würde sie notwendigerweise zu der Annahme eines bedauerlichen Tiefstandes des Charakters und der politischen Reife der dabei beteiligten Bevölkerung nötigen. Denn es ist klar, daß der völlige Verzicht auf die Geltendmachung der eigenen politischen Überzeugung und die völlige Unterordnung unter das Gebot einer kleinen Gruppe von Männern weder mit der Eigenschaft eines selbständigen und freien Charakters, noch mit politischer Überzeugungstreue vereinbar ist. Diese linksliberale Behauptung enthält daher die denkbar schwerste Beleidigung der Bevölkerung des flachen Landes und der Landstädte. In den Augen der nahezu ausschließlich großstädtischen Demokraten erscheint die Einwohnererschaft des flachen Landes und der Landstädte offenbar als eine minderwertige Klasse der Bevölkerung. Die so stigmatisierten Wähler des flachen Landes und der kleinen Städte werden gut tun, sich bei den bevorstehenden Wahlen dieser Geringschätzung seitens unserer Demokraten zu erinnern.“

Der Kniff, den Angriff auf die Landräte in eine Herabsetzung der ländlichen Wählerschaft umzumünzen, dürfte als ein Fehlschlag anzusehen sein. Der Prozeß Becker-Barthmannshagen liegt doch noch nicht so weit zurück, um schon der Vergessenheit anheimgefallen zu sein! Die Wahlsakten des Reichstages enthalten eine Fülle von Material über die Tätigkeit bestimmter Landräte. In dieser Beeinflussung der Wähler liegt eine gar nicht mehr zu überbietende Herabsetzung der ländlichen Bevölkerung. Wer soll es den „Berliner Politischen Nachrichten“ im Ernste glauben, daß der außerordentlich große Einfluß der Landräte und der Großgrundbesitzer nur darauf beruht, daß die ländliche Bevölkerung bei ihnen ein größeres Maß von Verständnis und politischer Einsicht voraussetzt. Der Landrat ist politischer Beamter, er hat die Politik der Regierung zu unterstützen und dazu benötigt er ganz selbstverständlich den überaus großen Einfluß, den ein Beamter mit solchen Machtbefugnissen nun einmal hat. Wenn der Regierung etwa daran gelegen war, das Bild des preussischen Landrats, wie es sich im Volke nun einmal gebildet hat, etwas sympathischer zu gestalten, so kann dieser Versuch als völlig vorbeigelungen bezeichnet werden.

Aufgedeckter Humbug.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die die Mär von dem angeblich glänzenden Stand unserer Reichsfinanzen in die Welt hinausposaunt haben, schreiben nunmehr:

„Aus denjenigen politischen Kreisen, die an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform von 1909 nicht beteiligt waren, wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Überschuss des Rechnungsjahres 1910 in Höhe von 117,7 Millionen Mark noch lange nicht eine völlige Gesundung der Reichsfinanzen herbeigeführt sei und daß es auch trotz dieses günstigen Abschlusses und trotz der neuen Bestimmungen über die Reichsschuldentilgung noch nicht möglich gewesen sei, von den alten Reichsschulden auch nur einen Pfennig abzustoßen. Beide Bemerkungen sind richtig.“

Damit wird also direkt bekräftigt, daß offiziöse Schönfärberei betrieben wurde, denn die langatmigen Auslassungen über den günstigen Abschluß des Rechnungsjahres 1910 wären einfach sinnlos gewesen, wenn man nicht damit den Eindruck hätte erwecken wollen, als sei die Finanzlage des Reiches über Nacht eine hervorragend günstige geworden. Es ist nichts weiter wie Verlegenheitsgestammel, wenn dem famosen Eingeständnis die Bemerkungen angefügt werden:

„Erstens hat man aber nicht geglaubt, die Sanierung der Reichsfinanzen in ganz kurzer Frist zu erreichen, sondern dafür einen Zeitraum von 5 Jahren in Aussicht genommen, der erst mit dem Jahre 1918 abläuft. Sodann wird es das Bestreben aller vernünftigen Finanzpolitiker sein müssen, in der Zwischenzeit noch zu dem Ziele der Tilgung alter Reichsschulden zu gelangen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn aus dem außerordentlichen Etat in den ordentlichen alle Ausgaben übertragen werden, die nicht verbönder Natur sind.“

Diese Versicherungen und Versprechungen sind nicht neu, man hat sie schon zu oft gehört, als daß man sie jetzt für bare Münze nehmen könnte. Die Hauptsache bleibt stets, daß das Reichsschatzamt und der Reichstag keiner Ausgabe zustimmen, für die nicht vorher sichere Deckung festgelegt ist.

Neue Gesetzesvorlagen für den Reichstag.

Nach einer parlamentarischen Korrespondenz, die allerdings nicht ganz zuverlässig ist, befinden sich einige Gesetzentwürfe in Vorbereitung, die wahrscheinlich erst dem neuen Reichstage unterbreitet werden können. In erster Linie eine Novelle zur Reform der deutschen Fahrkartensysteme. Ferner befinden sich in Vorbereitung ein Entwurf betreffend die Unfallfürsorge bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Vergütung von Gegenständen vorgenommen werden, ferner ein Entwurf eines Serunfallgesetzes, ein Entwurf über die Haftpflicht der Straßenbahnen für Sachschäden, dem auch die Nebenbahnen unterworfen sein sollen, ein Gesetz betreffend Revision des Spionagegesetzes, das gewisse Unstimmigkeiten in den Strafbestimmungen über Spionage beseitigen und die Möglichkeit geben soll, mit Ausnahme von Hochverratsverbrechen bei Spionage mildernde Umstände zuzubilligen und statt Zuchthausstrafen Festungshaft einzuführen, schließlich eine Novelle zum Patentgesetz und eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Neubefugung höherer Verwaltungsposten.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich von einer Seite, die in Personalfragen orientiert sein will, über den für den Herbst in Aussicht gestellten Personalwechsel in höheren Verwaltungsposten Mitteilung machen. Hiernach ist als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Präsidenten der Oberrechnungskammer in Potsdam, von Magdeburg, der Oberpräsident von Sachsen, von Heyl, in Aussicht genommen. Als künftigen Oberpräsidenten von Sachsen nennt man in erster Linie den Berliner Polizeipräsidenten v. Sagow, und in zweiter Linie den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, von Meißner. Sollte Herr v. Sagow zu Oberpräsidenten von Sachsen ernannt werden (bisher galt er als zukünftiger Regierungspräsident von Potsdam), so wird nach wie vor als sein Nachfolger der Breslauer Polizeipräsident v. Oppen, der frühere Landrat des Kreises Oberbarnim, bezeichnet. Die Oberbefugung des Oberpräsidenten v. Waldow aus Posen nach Steitin steht fest.

Verstärkte gesetzliche Maßnahmen gegen Arbeitschene.

Im Ministerium des Innern ist eine Vorlage ausgearbeitet worden, die den Verwaltungsbehörden die Befugnis gibt, Personen, die sich hartnäckig und böswillig der Unterhaltungspflicht ihren Angehörigen gegenüber entziehen, zur Arbeit zu zwingen. Diese Verstärkung der Strafbestimmungen könnten erst im neuen Strafgesetzbuch eingefügt werden.

Zentrums kandidatur in Düsseldorf.

Für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf in Düsseldorf hat das Zentrum einen Kandidatenwechsel vorgenommen. Von der zuerst genannten Kandidatur des Landrats Adams wurde abgesehen. Eine Zentrumsversammlung hat am Mittwoch beschlossen, den politisch bisher wenig bekannten Direktor der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft Dr. phil. Johann Friedrich als Kandidaten aufzustellen. Der neue Kandidat ist Mitglied des Hansabundes.

Dem Zentrum zuliebe.

Der Zentrumsabgeordnete für den Reichstagswahlkreis Köln-Land, Postsekretär Hameder, ist zum Oberpostsekretär ernannt worden. Infolgedessen hätte eigentlich eine Nachwahl stattzufinden, da der zweite Absatz des Artikels 21 der Reichsverfassung klar und deutlich bestimmt:

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienst in ein höheres Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wiedererlangen.

Diese Bestimmung der Verfassung ist so deutlich, daß man meinen sollte, es sei unmöglich, den Oberpostsekretär Hameder im Besitz seines Mandats als Reichstagsabgeordneter für Köln-Land zu belassen, das er als gewöhnlicher Postsekretär erobert hat. „Kunstküch!“ jagt Herr Kraetke, der Staatssekretär des Reichspostamtes. „Es geht, mein lieber Hameder! Ich befördere Sie, und Sie behalten trotzdem Ihr Mandat. Wozu sollen Sie sich auch in diesen unfreundlichen Zeitläuften einer Wiederwahl unterziehen, bei der Sie vielleicht durchfallen. Wir machen die Sache auch ohne Nachwahl. Auf die höheren Bezüge kommt es Ihnen ja nicht an, da Sie ohnehin, wenn Sie im Reichstage bleiben, die Annehmlichkeiten der Extradialen teilhaftig werden, die unser lieber Beihmann für die Herbstsession bewilligt hat. Und wenn der Reichstag erst nach Hause geschickt sein wird, dann rücken Sie in das höhere Gehalt ohnehin ein.“ So wurde Herr Hameder vorläufig nur mit der Verwaltung einer Oberpostsekretärstelle betraut, ohne daß er gleich zum Oberpostsekretär befördert wurde.

Man sieht, es zeigt sich immer ein Ausweg, wenn man nur flexibel ist. Herr Hameder hat seine Beförderung in der Sache, er behält trotzdem sein Mandat, das Zentrum braucht sich nicht in die Unkosten eines Wahlkampfes zu kürzen und der Verfassung des Deutschen Reiches ist eine wächserne Nase gedreht.

Ein Reichspetroleummonopol?

Der schon vor einiger Zeit ventilierter Gedanke eines Reichspetroleummonopols taucht wieder auf. Dem im nächsten Jahre zusammentretenden Reichstag dürfte, wie dem „S. L.“ von angeblich unrichtiger Seite mitgeteilt wird, vom Bundesrat der Entwurf eines Petroleummonopols vorgelegt werden. Bekanntlich forderte eine Resolution des Abgeordneten Stresemann und Genossen schon während der diesjährigen Etatsberatung im Interesse der deutschen Konsumenten ein Verkaufsmonopol für Petroleum. Der Kampf zwischen den amerikanischen und den österreichischen Petroleumproduzenten hat im letzten Jahre Formen angenommen, die die Reichsregierung zwingen, einzuschreiten. Die ununterbrochenen Preisunterbietungen der Rockefellergruppe bringen die

Gefahr mit sich, daß die österreichischen Raffinerie sich ganz vom deutschen Markt zurückziehen und den Amerikanern das Feld überlassen. Wenn die Amerikaner diese letzte Konkurrenz beseitigen haben, werden sie unzweifelhaft dem deutschen Konsum die Preise diktieren. Um den dem deutschen Nationalvermögen drohenden Schaden zu begegnen, soll ein Reichspetroleummonopol vorgeschlagen werden.

Die Frage hat zweifellos eine recht große Bedeutung. Das Reichsmonopol wäre ein Versuch im großen, den verderblichen Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft zu begegnen. Aber gleichwohl liegt auch im Reichsmonopol eine erhebliche Gefahr. In einem wirklich demokratisch regierten Staate, der bei solchem Riesenunternehmen allein das Allgemeininteresse hat, wäre es ungefährlich. Aber in Preußen-Deutschland herrschen Bürokratismus und Fiskalismus. Da besteht die Gefahr, daß ein solches Monopol in rigorosster Weise für fiskalische Zwecke ausgenutzt werden würde, um Millionen über Millionen herauszupressen, damit der ewig unstillbare Hunger des Militarismus und Marinismus gestillt wird. Deshalb ist Vorsicht auch diesen Monopolbestrebungen gegenüber am Platze. Wenn der Gedanke praktische Gestalt gewinnen sollte, so wird es Sache des Reichstags sein, vorzubeugende Maßnahmen zu treffen, damit die deutschen Petroleumverbraucher nicht durch fiskalische Bestrebungen vom Regen unter die Traufe kommen. Dazu ist aber notwendig, daß die Wähler dafür sorgen, dem nächsten Reichstag eine Zusammensetzung zu geben, die entgegen der jetzigen Schnapsblockmehrheit, das Allgemeininteresse zu wahren geneigt und mächtig genug ist.

Württemberg und Preußen.

In der über 30 000 Einwohner zählenden ehemaligen Reichsstadt Eßlingen hat vom 8. bis 11. Juli das fünfte württembergische Arbeiterlängerefest stattgefunden. Die Behandlung des Festes durch Behörden und Bürgerschaft steht in einem auffallenden Gegensatz zu den in Preußen beliebten Methoden, wo die Arbeiterlänger- und Arbeiterturner-Organisationen gehässige Verfolgungen zu erdulden haben. In Eßlingen waren wohl keine 50 Häuser zu finden, die nicht Flaggen- und Girlandenschmuck trugen. Städtische und staatliche Gebäude machten dabei keine Ausnahme. Die beiden Rathäuser und die Schulen waren zu Ehren der Arbeiter auf Kosten der Stadt herrlich geschmückt. Am Montag nachmittag waren sämtliche Schulen aus Anlaß des Arbeiterlängerefestes geschlossen. Von den staatlichen Gebäuden hatten das Bahnhof- und das Postgebäude Festschmuck angelegt. An den Zugängen zur Stadt waren von der Stadtverwaltung Ehrenportale mit schöner Ausstattung und elektrischer Beleuchtung errichtet. Der Oberbürgermeister Dr. Mülberger, Chef der Polizei und nationalliberaler Landtagsabgeordneter, hielt am Hauptfesttage eine Rede, in der er die Gäste namens der Stadtverwaltung begrüßte und der Arbeiterschaft seine Anerkennung über die Pflege ideeller Güter aussprach. Die Angriffe auf das Fest und auf seine Person, an denen es im national-liberalen und konservativen Lager nicht gefehlt hat, wies er mit der Bemerkung zurück, daß es zu den schönsten Aufgabeneines Oberbürgermeisters gehöre die Angehörigen einer so großen Klasse wie die des Arbeiterstandes, an einem so schönen Feste zu bewillkommen. Vorschriften, wie er sich dieser Aufgabe entledige, lasse er sich nicht machen, solange sein Handeln mit seiner inneren Überzeugung im Einklang stehe. Auf dem Festplatz wurde ein von der Stadt gestiftetes Feuerwerk abgebrannt. Am Montag waren fast alle Fabrikbetriebe geschlossen. Man wird zugeben können, daß sich die Vorurteilslosigkeit dieser württembergischen Behörden angenehm abhebt von der in Preußen Arbeiterorganisationen gegenüber beliebten Brutalität und Voreingenommenheit.

Die Wahlkreiseinteilung für die elsass-lothringische Landtagswahlen.

die am Sonnabend veröffentlicht worden ist, entspricht im großen ganzen dem Entwurfe, den die Regierung schon der Reichstagskommission für die elsass-lothringische Verfassungsvorlage vorgelegt hatte und gegen den die nationalistische Notabelnpresse und die Presse des Zentrums in Elsass-Lothringen so wütend Sturm lief. Der schon jenem Entwurfe zugrunde liegende Gedanke der Schaffung eines besonderen Wahlkreises für jeden der 60 Abgeordneten ist (unter Anlehnung an die Kantons Grenzen, bei rund 30 000 Einwohnern für den Wahlkreis) jetzt nur konsequenter durchgeführt, so daß es keinen Wahlkreis mehr gibt, der mehr als einen Abgeordneten wählt, während nach dem im März d. S. der Reichstagskommission vertraulich mitgeteilten ersten Entwurfe die Stadt Straßburg innerhalb der Umwallung in einem Wahlkreise 4 Abgeordnete wählen sollte. Colmar-Neubreisach in einem Wahlkreise 2 und Metz-Stadt in einem Wahlkreise 2. Jetzt sind auch diese drei Städte in so viele Wahlkreise eingeteilt, als nach der Bevölkerungszahl Abgeordnete zu wählen sind. Für Mülhausen war dies schon in dem ersten Entwurfe der Fall. Dieser ist, abgesehen von Colmar, für ganz Oberelsass unverändert beibehalten. Vom Standpunkte der Wahlgerechtigkeit aus müssen diese Änderungen, nachdem der Proporz einmal gefallen war, als Verbesserungen bezeichnet werden, wenngleich unbestreitbar ist, daß die gouvernementale Wahlgeometrie in Straßburg, wie schon vorher in Mülhausen und auch sonst da und dort, im Lande ganz entschieden einseitig und zugunsten der Liberalen gearbeitet hat.

Stückelweise liegen die allgemeinen politischen Verhältnisse im Lande so, daß die Säume des regierungsfremden Liberalismus trotzdem nicht in den Himmel wachsen werden. Alle gouvernementale Wahlkreisverteilung wird nicht verhindern, daß in den Kreisen Mülhausen und Straßburg mindestens je zwei Mandate der Sozialdemokratie zufallen, zu denen noch mindestens zwei sonst im Lande treten, so daß ein halbes Duzend Mandate als Mindeststärke der Partei gewiß ist. Ein weiteres halbes Duzend ist durch die Sozialdemokratie ernstlich „gefährdet“, wie man im bürgerlichen Wahljargon zu sagen pflegt, so daß die Partei wenigstens nicht ohne alle Aussicht auf

Erfolg trotz der gouvernementalen Wahlkreisgeometrie um die 15 Mandate kämpft, die ihr nach dem Reichstagswahlergebnis von 1907 von Rechts wegen zustehen würden und die sie bei Anwendung eines gerechten Verhältniswahlsystems auch glänzend geholt haben würde.

Die klerikal-nationalistische Presse Elsass-Lothringens fährt fort, die Wahlkreiseinteilung als einen Akt der Begünstigung für die Liberalen und die Sozialdemokraten zu denunzieren, was, soweit unsere Partei in Betracht kommt, durch die einfache Gruppierung der Straßen in den verschiedenen städtischen Wahlkreisen von Mülhausen und Straßburg ad absurdum geführt wird. Dieses Geschrei bezweckt, solange der angelegliche Wandelsche Entwurf nicht Gesetz war, diesen mit seinem Urheber bei der Reichsregierung zu diskreditieren; jetzt läuft der unehrliche Lärm umgekehrt darauf hinaus, die elsass-lothringische Sozialdemokratie als das gouvernementale Schöffkind beim Volke in Mißkredit zu bringen, um bei den Wahlen selber ein wenig besser abzuschneiden.

Das dürfte jedoch seine größeren Schwierigkeiten haben. So leicht, wie die Reichsregierung gegen ihre Sachwalter in Elsass-Lothringen, läßt sich das elsass-lothringische Volk nicht gegen die Sozialdemokratie ins Wackelhorn jagen. Es wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gegen seine wirklichen Feinde gebrauchen — und das sind in erster Reihe die schwarzen Volksbetrüger.

Frankreich.

Beim Geldbeutel hört die Frömmigkeit auf!

Die französischen Katholiken haben seinerzeit, als die Trennung von Staat und Kirche eintrat, der Republik den Krieg erklärt und geschworen, mit Gut und Blut für die „verfolgte Religion“ einzutreten. Aber die Opferfreudigkeit hat nicht lange vorgehalten, wie das Ergebnis des „Kultuspennings“, der Sammlung zur Bezahlung der Geistlichen zeigt. Der Bischof von Carcassonne erklärt in einem Schreiben an seinen Klerus, er könne demnächst die Gehälter der Geistlichen nicht vollständig auszahlen, da nicht genug Geld in der Kasse sei. Der Bischof führt diesen Zustand darauf zurück, daß ein Teil des Klerus die Erhebung des Kultuspennings nicht besorgt habe. Der Bischof hat auch die Kongregationen der Nonnen angerufen, die den französischen Geistlichen zur Pflicht macht, den Kultuspennig von den Gläubigen zu fordern. Es scheint, als ob ein Teil der Geistlichkeit davor zurückscheue, die Bitte um den „Denier“ auszusprechen. Sene Geistlichen, die sich nicht um den Kultuspennig bemüht haben, werden vom Bischof keinen Bezug erhalten. Wahrscheinlich haben die Geistlichen eben die Erfahrung gemacht, daß die Bitte um den „Denier“ nutzlos ist und haben das Betteln aufgegeben. Und die Frommen? Es ist eine Sache, vom Staat, das heißt aus den allgemeinen Steuergroßen, sich die Verforgung mit dem Religionsbedarf bezahlen zu lassen, und wiederum eine ganz andere Sache, in den eigenen Beutel zu greifen und für die Seelenarznei selbst zu bezahlen.

Portugal.

Monarchistische Anschläge gegen die Republik.

In Lissabon soll Zeitungsnachrichten zufolge von Monarchisten der Versuch gemacht worden sein, in die St. Georgs-Festung, eine Art Zitadelle, einzufallen. Man ist allgemein der Meinung, daß es sich um einen Versuch einzelner Monarchisten handelte, in die Festung einzudringen, um die Einnahme des Forts bei einem etwaigen Angriff der Monarchisten vorzubereiten. Der Vorfall hat ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Befestigung des Forts ist verstärkt und die Wachsamkeit der Behörden verdoppelt worden. Die monarchistischen Verschwörer haben jetzt zum Teil die an die Nordgrenze stoßende spanische Provinz Galizien verlassen und halten sich an verschiedenen Orten Spaniens auf. Sie haben indeffen der republikanischen Regierung die Mitteilung gemacht, daß sie dem Streben nach Verwirklichung ihres Ideals, der Wiederherstellung der Monarchie, nicht entsagen. Manche sollen allerdings der Regierung vorgeschlagen haben, gegen Zusage einer Amnestie für sie und eine staatliche bare Entschädigung sich der Republik zu unterwerfen. Ein Bericht will wissen, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, dem Exkönig Manuel eine Summe von zwanzig Millionen Mark auszuzahlen, wogegen er feierlich und ausdrücklich den Thronverzicht aussprechen müßte, so daß dadurch der royalistischen Kampagne ein Ende bereitet würde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 14. Juli.

Der Streit der Tapezierer ist noch nicht beendet, Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung Mater! Bei der Firma W. Riset in Schlutup sind die Kollegen in den Streit getreten. Zugang nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Maurer und Hilfsarbeiter! über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

Das Medizinalamt macht folgendes bekannt: Das Medizinalamt nimmt hierdurch Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach § 7 e der Verordnung, betreffend den Verkehr mit Milch, vom 18. August 1904 Milch von Kühen, welche an fieberhaften Erkrankungen leiden, auch in abgekochtem Zustande nicht in den Verkehr gebracht werden darf.

Maßnahmen der Reichspost gegen die Maul- und Klauenseuche. Um einer Verbreitung der Maul- und Klauenseuche durch das Postbestellpersonal vorzubeugen, sind seitens des Reichspostamtes folgende Anordnungen getroffen worden: Der Postbote, dem das Auftritten von Seuchen in seinem Bestellrevier bekannt wird, hat dem Postamtsvorsteher Meldung zu erstatten, der sogleich die erforderlichen Maßnahmen trifft. Die von den Landesbehörden auf Grund des Viehseuchengesetzes bekanntgegebenen Einschränkungen des Personenverkehrs sind selbstverständlich auch vom Postbestellpersonal genau zu beachten. Hierbei kann in Frage kommen, vorübergehend die Bestellung oder Postverbindung nach einer verseuchten Ortschaft aufzuheben oder die Verbindung zu verlegen. In verseuchten Orten sollten den Landbriefträgern das Ver-

treten der versuchten Stallungen, Dungsstätten usw. unter allen Umständen verboten werden. Auch das Betreten der Grundstücke, auf denen die Seuche herrscht, ist möglichst zu vermeiden. Die Postkassen sind möglichst zu vermeiden oder durch die Fenster des Wohnhauses auszuhändigen, wobei eine Berührung mit dem Stallpersonal zu vermeiden ist. Unter Umständen sollen die Briefe verpackt werden, an der Außenseite des Grundstücks einen Briefkasten oder sonstigen Behälter anzubringen, in dem gewöhnlich Briefsendungen und Zeitungen niedergelegt werden können. Läßt sich das Betreten des Grundstücks nicht vermeiden, so hat der Landbriefträger bei dessen Verlassen sein Schuhzeug mit einem geeigneten Mittel zu desinfizieren, das der Besizer nach den polizeilichen Anordnungen bereitzustellen hat. Unter besonderen Umständen können die Sendungen an Bewohner verseuchter Niederlassungen bei der nächsten Postanstalt oder Posthilfsstelle niedergelegt werden, von wo sie von den Empfängern abgeholt sind. Es kann auch die Bestellung an eine zu bevollmächtigende Person geschehen.

Eine Erneuerung. Im Hauptpostamt werden nunmehr auch Briefmarkenautomaten im Schalteraum aufgestellt. Bis abends 10 Uhr können aus demselben Marken entnommen werden.

Die Maul- und Klauenseuche greift immer weiter um sich. Jetzt hat sie auch in Kronsforde und Hof Krummesse ihren Einzug gehalten. Die Gemeinde Kronsforde und Hof Krummesse einschli. Raten und Holländer sind zum Sperrbezirk erklärt worden. — Zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche wird der von Krummesse nach Rothenshausen führende Fußweg, soweit er auf lübeckischem Gebiet liegt, für den Verkehr bis auf weiteres gesperrt. Zuwiderhandlungen werden nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft.

Ein Schadenfeuer kam gestern abend 9 1/2 Uhr in einem Kellerraum der Bierbrauerei zum Ausbruch. Dort war Füllermasse durch Selbstentzündung in Brand geraten. Die alarmierte Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, da das Feuer bei ihrem Eintreffen bereits gelöscht war.

Verdorbenes Fleisch zur Wurst verarbeitet! Wir berichteten kürzlich, daß gegen eine hiesige Wurst- und Fleischkonfervenfabrik Anzeige erstattet sei, weil die Firma verdorbenes Fleisch zur Wurst verarbeitet habe. Nunmehr lesen wir in zwei hiesigen Zeitungen, daß das gegen die Firma eingeleitete Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden sei. Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, denn bis heute ist dem Mann, der die Anzeige erstattet hat, noch kein Bescheid von der Einstellung des Verfahrens gegeben worden. Das Verfahren kann also garnicht eingestellt sein. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich auf eine Notiz des „G.-M.“, nach welcher es sich hier nur um einen Nachschuß handeln soll, bemerken, daß wir nach den uns gegebenen Darlegungen die Überzeugung gewonnen haben, daß hier von einem Nachschuß nicht die Rede sein kann.

Doppel-Abendstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 13. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 22, Luft 20; morgens 10 Uhr: Wasser 22 1/2, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 23, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 23, Luft 22 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 2000 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 2000 weibliche Personen.

Volks- und Erinnerungsfest in Lübeck. Im Publikum ist vielfach das Gerücht verbreitet, daß das Volksfest in Lübeck wegen der in der Umgegend verbreiteten Maul- und Klauenseuche in diesem Jahre ausfalle. Wenn auch das Lübecker Volksfest vom Magistrat verboten ist, das Lübecker Volksfest findet in der gewohnten Weise statt.

Konkursöffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns R. G. Hegerfeldt in Lübeck, Israelsdorfer Allee 19a, ist am 13. Juli das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. B. Schön in Lübeck zum Konkursverwalter ernannt worden.

pb. Festgenommen wurde ein Knecht aus Breslau, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Schwerin, wegen Einbruchdiebstahls verfolgt wird. — Ferner wurde ein zugereiftes Dienstmädchen aus Ballenstedt, das einer hiesigen Stellenvermittlerin 5 Mk. gestohlen hat, festgenommen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die Auführungen der reizenden Offenbach'schen Operette, „Die schöne Helena“ finden am Sonnabend ihren Abschluß, weitere Wiederholungen sind ausgeschlossen. Um allen Kreisen diese interessante Aufführung zugänglich zu machen, sind die Preise auf 75 und 50 Pf. ermäßigt; sicher wird von dieser Verbilligung der ausgiebigste Gebrauch gemacht. In der großen Doppel-Vorstellung am Sonntag, Beginn 7 Uhr, gelangen die beiden drahtigen Kuppeln von Blumenthal und Kadelburg; „Im weißen Rößl“ und die Fortsetzung: „Als ich wiederkam“ zur Darstellung. Wegen Vorbereitung zu der Zellerischen Operette „Der Obersteiger“, die am Dienstag erstmalig in Szene geht, bleibt am Montag das Theater geschlossen.

Secret. Mit den Landtagswahlen wird sich eine am Sonnabend abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Fröhme stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Das Referat hat Genosse Stellung-Lübeck übernommen. Außerdem werden sich die sozialdemokratischen Landtagskandidaten den Wählern vorstellen. Genossen und Genossinnen! Sorgt für einen zahlreichen Besuch.

Hamburg. Vom Kampf im Holzgewerbe: Mit Beginn dieser Woche stehen Hamburger Holzarbeiter bereits 17 Wochen im Kampf. Ein Ende des Kampfes ist vorläufig noch nicht abzusehen, da der Arbeitgeberverband bedingungslos Unterwerfung und Preisgabe des bisherigen paritätischen Arbeitsnachweises von den Arbeitern verlangt. Hierauf einzugehen haben die Arbeiter keine Veranlassung. Den Unternehmern als Schutztruppe dient der von ihnen gegründete und ausgehaltene Lokalverband der Holzarbeiter von Hamburg und Umgegend von 1911. Dieser Lokalverband ist eine Streikbrecher-Organisation gelber Couleur. Auf das von diesem Verein herausgegebene Inserat, in dem Tischler nach Hamburg gesucht wurden, sind vereinzelt Holzarbeiter bemerkt oder unbemerkt hereingefallen und haben den Kämpfern durch Zuzug nach Hamburg den Kampf erschwert. Dieser Umstand gibt Veranlassung, erneut an alle Arbeiter den Appell zu richten, alleorts für strengste Fernhaltung des Zuzuges von Holzarbeitern aller Branchen nach Hamburg und Umgegend Sorge zu tragen.

Utona. Streikjustiz. Ein Tischler, der jetzt mit ausgesetzt ist, sollte angeblich ohne besonderen Anlaß einem Mann, der Streikbruch übte, mit dem Stock einen Schlag verfeilt haben. Der Tischler meinte, er sei gereizt worden, was aber der Belastungszeuge nicht wahr haben will. Jedenfalls lag die Sache ganz milde, so daß selbst der Amtsanwalt nur eine Woche Gefängnis beantragte. Der Amtsrichter Brauns, der kürzlich seiner Abneigung gegen die Streikenden so scharfen Ausdruck gab, verurteilte

den völlig unbestraften Tischler zu einem Monat Gefängnis.

Kiel. Anscheinend nach dem Genuß roher Milch, die von einem von der Maul- und Klauenseuche befallenen Tiere stammte, ist hier ein Knabe an einem Mundhöhlenkatarrh erkrankt. Außerdem stellten sich bei dem Knabe blasenartige Entzündungen an den Fingern ein, die den Erscheinungen der Verseuche vollkommen gleichen. Da bei Kindern, wenn noch Durchfall dazu kommt, die Erkrankung sogar zum Tode führen kann, muß bei der augenblicklich wieder äußerst großen Verbreitung der Maul- und Klauenseuche mit allem Nachdruck vor dem Genuß roher Milch gewarnt werden. Der leicht übertragbare Ansteckungsstoff der Seuche, für den Erwachsene in gleicher Weise empfänglich sind, wird in der Milch erst vernichtet, wenn sie unter Siedehitze etwa 4 Minuten kocht.

Kiel. Die Arbeit eines Vormundes ist nicht leicht, wenn sie ernst genommen wird. Und manche Vormünder nehmen das ihnen „von Gott und der Behörde“ übertragene Amt so verteuft ernst, daß sie sich um Sachen kümmern, die sie garnichts angehen. Daß aber die Vormünder sich auch darum bemühen, daß ihre Mündel hübsch brave Arbeitsknechte bleiben und nicht den Lockungen der „Hegbrüder“ Folge leisten, und daß diese Vormünder darin noch von behördlichen Organen unterstützt werden, kommt nicht gerade oft vor. Einen solchen Fall wollen wir aber heute feststellen zu Nutz und Frommen aller derer, die Vormünder sind und sich daher an dem Eifer eines Vormundes um das Wohl und Wehe seiner Mündel ein nacheiferndes (?) Beispiel nehmen können. Der hiesigen Zahlstelle des Zimmererverbandes ging am Mittwoch folgendes Schreiben zu:

Grevenkrug, den 10. Juli 1911.

An den
Zentralverband der Zimmerer Deutschlands,
Bureau für Kiel u. Umg.

Als geistlich bestellter Fürsorger des minderjährigen Theodor Scholle bin ich vom Landeshauptmann in Kiel beauftragt worden, Scholles Abmeldung aus dem Verbandsbuch zu besorgen.

Daher teile Ihnen ergebenst mit, daß ich nach Verständigung mit dem Zimmerer Th. Scholle dessen Austritt aus dem Verbandsbuch erkläre. Sein Mitgliedsbuch liegt bei.

Hochachtungsvoll
H. Schlotfeldt, Lehrer.

Zu bemerken ist hierbei, daß besagtes Mündel am 1. April 1891 geboren ist, also bereits über 20 Jahre alt ist. Und nun welche zarte Fürsorge sowohl des Vormundes wie des Landeshauptmannes um das Wohl des nun bald Volljährigen. Wie kommt überhaupt der Landeshauptmann dazu, sich um reine Privatangelegenheiten eines über 20 Jahre alten Arbeiters zu kümmern? So weit geht die Bevormundung denn doch nicht, daß einem 20jährigen Menschen vorgeschrieben werden kann, ob er rauchen, Käse oder Wurst essen, tanzen, radeln oder turnen will, ob er in den Gefangenen „Halbe Lunge“ oder in den Schafkopfkab „Vier Hammer“ eintreten will. Wenn er aber das Richtige tut, was ein Arbeiter tun muß, seiner gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, will man ihn daran hindern. Dazu hat auch der Vormund kein Recht. Derartige Bevormundungen müssen ganz energisch zurückgewiesen werden. Über die Beweggründe des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Vormundes zu dieser Bevormundung läßt uns das Schreiben völlig im dunkeln. Wir nehmen an, daß der junge Mann das Geld, das er dem Verband an Beiträgen zuwenden muß, sparen soll, denn der Umstand, daß zurzeit in Bordesholm, Boorde und Umgegend sich die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Streik befinden, und daß die Unternehmer stark im Druck sind und notwendig Arbeitskräfte gebrauchen, kann dabei doch keine Rolle spielen. Dieser Gedanke ist so absurd, daß sich eine Behörde für bedrängte Unternehmer ins Zeug legt, daß er sofort verworfen werden muß.

Wismar. Wir, Bürgermeister und Senat. Eine Anzahl Lehrer und andere Beamte hatten sich hier zu einer Einkaufsvereinigung zusammengetan, die den Zweck verfolgte, Waren so billig wie möglich einzukaufen und sie unter Umgehung des Zwischenhandels an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis wieder abzugeben. Der am Ort bestehende Handelsverein wandte sich deshalb an den Rat mit einer Eingabe, in der er darlegte, daß es ein Unbild sei, wenn Beamte, die von den „Steuern der Bürger“ besoldet würden, bei auswärtigen Geschäften kauften, die zu den Lasten der Stadt nichts beitrügen. Der Rat von Wismar ist darauf dem Kleinhandel beigeprungen und hat den Beamten verboten, ihre Waren von außerhalb zu beziehen. Daß die betreffende Behörde auch die Gehälter der Beamten mit dem teureren einheimischen Warenbezug in Abereinstimmung gebracht hat, darüber verlautet nichts. Die geschilderte Maßnahme hat in den Kreisen der betroffenen kleinen Beamten um so größere Erregung hervorgerufen, als eine ganze Anzahl pensionierter Bürgermeister und Pastoren Wismars ihre Pensionen ungestört außerhalb Wismars verzehren.

Ribnitz. Ein Feuer brach am Mittwoch morgen im Dorf Rörtwisch im Stall des Häuslers Staben aus, wie es heißt, durch Selbstentzündung von Stroh, griff mit rasender Schnelligkeit um sich und teilte sich auch den Nachbarhäusern mit. Es brannten ab die Häuslerkaten von Fretwurst, Staben und Bagels sowie eine Scheune von Wittenburg. Mehrere Schweine und alles Inventar sind mitverbrannt. Es konnte nur sehr wenig gerettet werden, da die Einwohner fast alle zum Feuer gegangen waren. Bei den Rettungsarbeiten haben sich die Geschwister Fretwurst schwere Brandwunden zugezogen. Hauptsächlich sind dem achtzehnjährigen Sohn, der zur Erholung bei den Eltern weilte, Brust und Gesicht verbrannt worden; ebenfalls erlitten zwei Kinder Brandwunden.

Holbeck. Ein Liebesdrama, dem zwei junge Menschenleben zum Opfer gefallen sind, spielte sich in der Nähe der Militärschießstände in den Barnstorfer Anlagen ab. Dort haben sich ein junger Mann und ein junges Mädchen mit einem Revolver erschossen. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Liebespaar. Die Namen konnten aber nicht ermittelt werden.

Bremen. Die Bürgererschaft hat am Mittwoch die Kommissionsvorlage, betr. Deckung des Fehlbetrages beim Wasserwerk, angenommen. Die Vorlage schreibt die Einführung von Wassermessern für alle Häuser vor. Bis jetzt hatten nur die Geschäftshäuser Wassermesser. Für Häuser, in denen sich nicht mehr als zwei selbständige Haushaltungen befinden, sind 180 cm, bis fünf Haushaltungen 360 cm, bei mehr als fünf Haushaltungen 500 cm im Jahre zum Vorzugspreis von 12 Pf. pro Kubikmeter zu gewähren. Jedes weitere Wasserquantum wird mit 19 Pf. berechnet. Genosse Sente, der der Kommission angehört, wies auf die großen Gefahren der Vorlage, sowohl in hygienischer wie in wirtschaftlicher Beziehung hin. Sie wirkt wie eine Kopfsteuer, während man die wirtschaftlich Leistungsfähigen härter heranziehen müßte. Die Wassererzeugung, von der man jetzt rede, werde in eine Wasser-

ersparung umschlagen, was in hygienischer Hinsicht höchst bedenkliche Zustände herbeiführen könne. Redner erinnerte an die Choleraepidemie in Hamburg und wies auf die Gefahren für die Volksgesundheit hin, die eine Wasserersparnis mit sich bringe. Der Arbeiter sei gezwungen, zu sparen, und so werde auf Kosten der Volksgesundheit am Wasser gespart werden. Die in sommerlicher Wärme schwitzenden Bourgeois wurden sehr erregt, als ihnen Genosse Sente nachwies, daß sie sich stets zu drücken vermögen, wenn es gälte, für den Staat, entsprechend ihrem Vermögen, höhere Steuern zu entrichten. Genosse Donath beantragte und begründete die Anträge: 1. für Wohnungen im Mietwert bis zu 200 Mk. kein Wassergeld zu erheben; 2. für jede Wohnung auf Kosten der Verwaltung einen Wassermesser zu setzen. Ein Antrag des Genossen Donath, die Wassermesser nicht einzuführen und das Defizit durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer aufzubringen, wurde abgelehnt, ebenso die anderen von ihm gestellten Anträge. Es waren nur wenige bürgerliche Vertreter, die mit den Sozialdemokraten stimmten. Befriedigt können die Herren in die Sommerfrische reisen, die Arbeitererschaft muß jährlich wieder etwa 500 000 Mk. mehr für Wasser aufbringen. Das Reich versteuert den Alkohol und die liberale Stadt Bremen das Wasser. — Eine lebhafte Debatte rief ein Antrag der Schuldeputation auf Errichtung eines staatlichen Volksschullehrerinnen-Seminars hervor. Genosse Holzmeier bekämpfte mit Erfolg das in der Vorlage geforderte Schulgeld von jährlich 100 Mk. Er verlangte mit einigen bürgerlichen Herren ebenfalls die Anstellung einer weiblichen Leiterin. Das Seminar samt Übungsschule wird in der bisherigen Volksschule an der Birkenstraße errichtet werden. Mit diesem Beschluß ist endlich der Anfang gemacht, die höheren Mädchenschulen aus den Händen von Privatkapitalisten in die des Staates überzuführen. Unsere Genossen haben noch folgende Anträge gestellt: 1. Niederlegung einer sozialen Kommission, 2. Errichtung eines Asyls für Obdachlose, 3. Förderungsmöglichkeiten der Arbeiter der Aktiengesellschaft „Weser“ durch die Eisenbahn. Es wird also nach den Ferien, die heute beginnen, gleich wieder Arbeit vorhanden sein. Bemerkenswert sei noch, daß man unsere Genossen in letzter Zeit bei Wahlen in Kommissionen und Deputationen nicht mehr so geflüchtig umgeht, so wurden am Mittwoch drei Sozialdemokraten gewählt.

Stade. Die Sittlichkeitsverbände in der Rettungsanstalt Himmelpforten haben nun ihre Sühne gefunden. Der vor kurzem verurteilte Hausvater Sühne hatte bei der Verhandlung gegen den im Jahre 1907 in der Anstalt beschäftigten gemeinen Erzieher Martin Richter schwere Beschuldigungen ausgesprochen. Der Beschuldigte, jetzt als Sanitätsdiener in Dresden bedienstet, wurde darauf verhaftet. Ihm wurde zur Last gelegt, sich als Erzieher an seinen minderjährigen Schülern unsittlich vergrungen zu haben. Die vor der Stader Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis wegen Sittenverbrechen in sieben Fällen.

Aus dem Gerichtssaal.

Schlechte Kameraden. 21 Soldaten von der 11. Kompanie des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regim. Nr. 2 erschienen vor dem Kriegsgericht Berlin unter der Anklage der Mißhandlung eines Kameraden. Sie sollten einen Füllier mit Klopfeisen, auch mit der Faust geschlagen haben. Die Beweisaufnahme fiel für den größeren Teil der Angeklagten günstig aus. Siebzehn wurden gänzlich freigesprochen. Gegen vier Fülliere wurde auf je einen Tag Gefängnis erkannt.

Die Dichtiger Soldatenmishandlungen vor dem Berufungsgerichte! Im letzten Mißhandlungsprozeß beim Ulman-Regiment Nr. 17 in Dschag im Juni d. J. hatte das Dresdener Kriegsgericht ein derart gelinendes Urteil gefällt, daß es nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die bürgerliche Presse für nötig hielt, es zu kommentieren. Es handelt sich um unerhörte Roheiten des jetzigen Unteroffiziers Keller, die dieser noch als Gefreiter begangen hat. Im ganzen wurden sechs Fälle geführlicher Körperverletzung unter Anklage gestellt. Keller war außerordentlich roh und brutal, deshalb auch sehr gefürchtet. In den unter Anklage stehenden Fällen hat er die Rekruten mit Obergurt und Reitpeitsche malträtirt, mit Holzpantoffeln in den Leib getreten und mit den Fäusten bearbeitet. In der kriegsgerichtlichen Verhandlung wurde dies düstere Kafernenbild aufgerollt. Die Aussage eines Zeugen: „Bei uns ist furchtbar geschlagen worden“, befragt genug. Das Kriegsgericht erachtete zwei Fälle nicht für erwiesen und erkannte wegen der übrigen vier Fälle auf die unglaublich gelinde Strafe von drei Wochen Gefängnis! Gegen das Urteil legten der Gerichtsherr und auch der Angeklagte Berufung ein. Die Angelegenheit beschäftigte nun das Dresdener Ober-Kriegsgericht. Auch hier wurden die ganzen Scheußlichkeiten zutage gefördert. Das Berufungsgericht hob das erkrankliche Urteil auf, erachtete die zwei ausgeschiedenen Fälle ebenfalls nicht für erwiesen und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis! Es hat eine Erhöhung der Strafe um deswillen für angebracht gehalten, weil der Angeklagte durch seine Roheit und Brutalität es mit verschuldet hat, daß der gute Ruf der Truppe nach außen hin geschädigt worden ist. Auch diese erhöhte Strafe ist noch außerordentlich mäßig im Hinblick auf die unerhörten Roheiten. Eine besonders abschreckende Wirkung wird sie nicht ausüben vermögen.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

Donnerstag, den 13. Juli.

D. Rußland ist gestern morgen in Danzig angekommen.

D. Zar ist Mittwoch abend von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. Svithiod ging gestern früh 6 Uhr aus Kalmar nach hier ab.

D. Storfursten traf gestern mittag in Helsingfors ein.

D. Gorle Trader ist Mittwoch nachmittag von Gango auf hier abgegangen.

Literarisches.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargewere“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarm. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

SONDER-ANGEBOT in Damen-Wasch-Blusen

zu sehr vorteilhaften, teils bedeutend ermässigten Preisen.

Weiße Blusen

Weiße Mull-Blusen, Vordertheil ganz mit Stickerei- und Valencienn-Einsatz, hochgeschlossen Mk.	2 ²⁵
Weiße Mull-Blusen, mit Stickerei und Valencienn-Entredeux, en coeur Mk.	2 ⁵⁰
Weiße Mull-Blusen, halsfreie Fassons, Schulter- und Vordertheil mit Stickerei und Valencienn Mk.	2 ⁷⁵
Weiße Mull-Blusen, mit reichen Stickerei-Einsätzen und Tüllpasse, hochgeschlossene Fassons Mk.	3 ⁰⁰
Weiße Mull-Blusen, mit Stickerei-Einsätzen, gerade Schulterlinie, halsfrei und hochgeschlossen Mk.	4 ⁰⁰
Weiße Mull-Blusen, ganz in Säumchen, mit Loch-Stickerei, hochgeschlossene Fassons Mk.	4 ⁵⁰

Weiße Mull-Blusen, ganz in Säumchen, mit Klöppel- und Stickerei-Einsatz, hochgeschlossen und halsfrei Mk.	5 ⁵⁰
Weiße Stickerei-Blusen, Lochstickereistoff, mit feinen Spitzen-Einsätzen, hochgeschlossen Mk.	6 ⁵⁰
Voile-Blusen, hellfarbig mit weißer Stickerei, Perl-Imitation, halsfreie Fassons Mk.	6 ⁰⁰
Mull-Blusen, rosa und hellblau, ganz in Säumchen, mit Klöppel und Valencienn Mk.	7 ⁵⁰
Voile-Blusen, hellblau, mit Spachtel und Valencienn-Entredeux Mk.	7 ⁷⁵
Weiße Voile-Blusen, mit reicher bulgarischer Stickerei, halsfreie Fassons Mk.	9 ⁰⁰

Farbige Blusen

Wasch-Blusen aus blau-weiß gestreiftem Perkale, Hemdfasson Pfg.	95
Wasch-Blusen Baumwollen-Musseline, weiß-blau gemustert mit Bordüre Mk.	1 ¹⁰
Wasch-Blusen Wienerleinen in verschiedenen Farben mit Spitzeneinsätzen, en coeur Mk.	1 ³⁰
Wasch-Blusen marine-weiß, gemustert Satin, Hemdfasson Mk.	1 ⁷⁵
Wasch-Blusen einfarbig oder getupft, Baumwollen-Musselin mit breiter Bordüre Mk.	1 ⁹⁵

Wasch-Blusen marine-weiß, gemustert Satin, Hemdfasson Mk.	2 ¹⁰
Wasch-Blusen grau Wienerleinen mit türkischem Besatz und Spitzenpasse Mk.	3 ⁰⁰
Wasch-Blusen gestreift Wienerleinen, in verschiedenen Farben, Hemdfasson Mk.	2 ⁷⁵
Wasch-Blusen grau gestreift, Wienerleinen mit Tüllpasse Mk.	3 ⁵⁰
Wasch-Blusen prima Wienerleinen mit hübscher Stickerei, in modernen Farben Mk.	4 ⁵⁰

RUDOLPH KARSTADT.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Während der Dauer des Volks- und Erinnerungsfestes am 16. und 17. Juli treten folgende Fahrplanveränderungen ein:

a) Linie Krankenhaus Kirchhof Koeckstraße

- Am ersten Volksfesttage wird der Betrieb während der Dauer des Festzuges auf der Strecke vom Kohlmarkt bis zu den Burgtor-Endstationen eingestellt.
- Nach Beendigung des Festzuges verkehren auf der Strecke vom Festplatz bis zum Krankenhaus außer den fahrplanmäßigen Wagen alle fünf Minuten Sonderwagen in beiden Fahrtrichtungen und außerdem werden in den verkehrreichen Stunden auf der Strecke vom Festplatz bis zum Kohlmarkt noch besondere Wagen eingelegt zur Bewältigung des lebhaften Umsteigeverkehrs.
- Der Betrieb wird bis nachts 2 Uhr ausgedehnt.

b) Holtenauer-Linien.

- An beiden Volksfesttagen wird der Betrieb bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.

c) Israelsdorfer Linie.

- Die Wagen verkehren an beiden Volksfesttagen von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts alle 10 Minuten.
- Während der Dauer des Festzuges wird der Betrieb auf der Strecke vom Geibelplatz bis Kirchhof eingestellt.

d) Markt-Linie.

- Der Betrieb wird an beiden Tagen bis 1 Uhr nachts ausgedehnt und erleidet am ersten Volksfesttage an der Kreuzung Breite Straße—Bedergrube während der Dauer des Festzuges eine kurze Unterbrechung.

Die Betriebsverwaltung.



Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email, Vernick. bill. u. gut.

Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern

u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. **10.**

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Die besten Volksfest-Zigarren

zu billigsten Preisen kaufen Sie in

Zigarren-Spezial-Abteilung

von
Gr. Burgstr. 59. **Ernst Voss.**
Empfehle besonders „Felix
Brasil“, 5s, 6s, 7s, 8s und 10-Pf.-
Preislage. Kisten: Vorzugspreis.
Bitte Schaufenster beachten.

Stadthallentheater.

Sonnabend 8 Uhr. Außer Abonn.
Operettenabend zu ermäß. Preisen:
Logen und 1. Parkett 75 Pf., die
übrigen Plätze 50 Pf.
Gastspiel Frig Redwig.

Die schöne Helena.

Sonntag, 7 Uhr. 42. Ab.-Vorst.
Große Doppel-Vorstellung.

Im weißen Röhl.

Als ich wiederkam.

Das Tagesgespräch

von Lübeck und Umgebung bilden die
enorm billigen Preise in meinem

Schuhwaren- Total-Ausverkauf

wegen

baldiger gänzlicher Geschäftsaufgabe.

Es bietet sich eine nicht wiederkehrende
Gelegenheit, **gute Schuhwaren für wenig**
Geld zu erstehen, daher im eigenen
Interesse des kaufenden Publikums, sich
mit seinen Einkäufen zu **beeilen**, be-
vor die besten Waren vergriffen sind.

Schuhwarenhaus

J. W. Meyer,

Breite Strasse.

Demokratischer Fortschritt in Amerika.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Der Bundes-Senat in Washington, das „House of Lords“ oder Herrenhaus des großen nordamerikanischen „Freistaates“, hat Mitte Juni plötzlich und unerwartet einer einschneidenden Reform seiner selber zugestimmt, indem er ein Amendement zur Bundesverfassung annahm, wonach der Senat der Vereinigten Staaten künftig vom Volke direkt gewählt werden soll. Bisher stellt der Senat gewissermaßen eine Delegiertenversammlung der verschiedenen „Legislaturen“ (der einzelstaatlichen Landtage) dar, und zwar sind sämtliche Staaten, seien sie noch so groß und noch so klein, im amerikanischen Oberhaus gleichermaßen durch zwei Senatoren vertreten, jedoch zum Beispiel 24 000 Wähler von Nevada oder die 40 000 Stimmgewer von Delaware in der nationalen Gesetzgebung, deren Schwergewicht seit langem beim Senat liegt, ebensoviel zu sagen haben, wie die 1 638 000 stimmberechtigten Newyorker oder die 1 267 000 pennsylvanischen Staatsbürger. Diese Zusammensetzung des Senats stellte schon in ihrem Ursprung — der in Alexander Hamiltons Manie, soviel wie möglich die englische Regierungsform zu kopieren, gesucht werden muß — nichts weiter als einen schlaun berechneten Schachzug interessierter Politikanten dar, die mit dieser Begünstigung der vielen kleinen Staaten deren Unterstützung für einen dem direkten Einfluß der Massen entzogenen Senat gewinnen wollten. Der Senat in Washington ist auch bis heute geblieben, was er nach den Absichten der „Väter“ sein sollte: die Vertretung des Besitzes und der im Süden niemals ausgestorbenen alten Grundaristokratie, nur daß der Vertretungsmodus mit der ungeheuren Zunahme der Bevölkerung besonders in den größeren nordatlantischen Staaten immer ungedeuter und die ganze Einrichtung des Senats mit der Zeit immer undemokratischer geworden ist. Ohne daß in den Vereinigten Staaten jemals eine spezielle Agitation gegen den Bundes-Senat, die der englischen Volksbewegung gegen die Lords vergleichbar wäre, aufgetreten ist, hat sich doch schon seit Jahren große Unzufriedenheit mit dem Oberhause des Kongresses geltend gemacht, von dem man längst überall weiß, daß er in Wahrheit ein „Haus der Truften“ und ein Herd der ärgsten Korruption ist, und seit einem Jahrzehnt etwa hat man sich daran gewöhnt, von dem „Millionenklub“ im Kapitol zu sprechen. Die Senats-Plutokratie hat zudem dafür gesorgt, daß sich zu dem tiefen, instinktiven Haß des amerikanischen Volkes gegen alles, was mit den Truften zusammenhängt, auch noch die offene Verachtung gesellte. Der Senat unternahm es im vorigen Jahre erst, eine seiner schönsten Tieren, Mister Lorimer von Illinois, weißzutünchen, obwohl es klar erwiesen war, daß er sich den kurulischen Sessel mit den Mitteln der großen Kapitalismächte gekauft hatte. Da sich die weitaus meisten Senatoren in derselben respektablen Verdammnis befanden, waren sie natürlich nicht in der Lage, den ehrenwerten Lorimer abzuführen. Das Volk ist bei alledem in Fragen der Bundes-Senatorenwahlen vollkommen gleichgültig geworden, soweit es sich darum handelt, wer unter dem jetzigen System in den Millionenklub gefandt werden soll. Weiß man

doch, daß das „souveräne Volk“ dabei rein garnichts zu sagen hat. Auch in den Staaten, die bei den vorigen Herbstwahlen in den Besitz der Demokraten übergingen, hat sich hierin nichts geändert, vielmehr wurde hier gerade der Beweis erbracht, daß Demokratie und Geldherrschaft unvereinbare Dinge sind. In dem führenden neu-englischen Industriestaat Massachusetts zum Beispiel fand der eingefleischte großkapitalistische Zollräuber Lodge eine Legislatur, die ihn von neuem in den Bundes-Senat schickte, obwohl der neugewählte demokratische Gouverneur, getreu dem ausgesprochenen Volkswillen, öffentlich gegen ihn Stellung genommen hatte. In Neu-Yersey bedurfte es der Hochdruck-Agitation des neuen Gouverneurs Wilson, um das Staatsparlament zu bewegen, statt eines ganz und gar anrüchigen kapitalistischen Politikanten einen anderen zu wählen, der nicht viel besser ist. Und im Staate Newyork war es Tammany, die von den Bürgern der Metropole erst vor knapp zwei Jahren aus dem Rathaus vertriebene Räuberbande, die nach monatelangem Obstruktionskampf mit einer anderen kapitalistischen Clique den Bundes-Senator wählten durfte. Selbst in Staaten, wo die Demokraten mit dem Gouverneursamt zugleich die Mehrheit der Legislatur eroberten, wie in Indiana und Ohio, kamen als Bundes-Senatoren überhaupt nur alte bewährte Trust-advokaten in Betracht. Je weniger aber das Volk sich um diese Vorgänge kümmerte, auf die es doch einmal keinerlei Einfluß ausüben kann, um so mehr kam die ganze bisherige Einrichtung des Senats bei ihm in Mißkredit, und die Bewegung für wirkliche Volksregierung, die durch das ganze Land flutet, brandete immer höher gegen die Truffeste im Kapitol. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die in beiden bürgerlichen Parteilagern direkte Volkswahl der Bundes-Senatoren verlangt, hatten sich in den letzten Jahren bereits 27 einzelstaatliche Landtage für die Demokratisierung des Oberhauses erklärt, und es ist daher auch wahrscheinlich, daß sich die wenigen, noch zu der verfassungsmäßig erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlenden Staaten finden werden und damit das alte Bollwerk der Reaktion inmitten der amerikanischen Demokratie demnächst aus dem Wege geräumt ist. Die politischen Machthaber wagen sich schon deshalb dieser Reform nicht mehr zu widersetzen, weil sie fürchten müssen, daß sonst noch größeres Unheil über sie kommt, nämlich die Abschaffung des Oberhauses überhaupt, wie es das Programm der sozialistischen Partei verlangt, getreu dem von Genossen Berger geprägten Schlagwort: „Der beste Senat ist kein Senat.“ Es ist allerdings auch nach Einführung der direkten Senatorenwahlen nur eine Frage der Zeit, daß der amerikanische Bundes-Senat gänzlich von der historischen Bühne verschwindet. Wenn einmal der Senat ebenso wie das Abgeordnetenhaus durch das Volk gewählt wird, so wird er schließlich als Hemmschuh einer wirklich dem Volke dienenden Gerechtigkeit untauglich, wenn nicht lächerlich überflüssig sein. Schon gegenwärtig ist den verschiedensten Teilen der Union ein siegreiches Vordringen der Ideen festzustellen, die dem Bedürfnis, einer überreifen Gesetzgebung hemmende Momente entgegenzustellen, mit den Mitteln wahrer Demokratie abzuhelfen suchen: der gesetzgeberischen Volksinitiative, dem Referendum und dem Rückberufungsrechte. Die amerikanische Demokratie hat erkannt, daß sich ihre Gebreite nur durch „mehr Demokratie“ heilen lassen, und aller Widerstand der Besitzinteressen gegen die Entwicklung zum Radikalismus in Amerika

muß sich auf die Dauer als eitel erweisen, wie das jähliche überraschende Votum des stockreaktionären Senats in Washington von neuem dargetan hat.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten sind milderer Rechts. In der Stadtverordnetenversammlung in Solingen teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Bezirksausschuß den Beschluß der Stadtverordneten, wonach die städtische Schützenburg allen Parteien, also auch der sozialdemokratischen, zur Verfügung gestellt werden soll, aufgehoben hat, weil die Sozialdemokraten die Bekämpfung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung betreiben, in der Überlassung der Stadthalle daher eine Förderung dieser Bestrebungen und eine Gefährdung des Staatswohles zu erblicken sei. Die hiergegen beim Provinzialrat erhobene Beschwerde sei gleichfalls als unbegründet abgewiesen worden. — Kann es eine tollere Aufreizung zum Klassenhaß geben, als diese Willkür in der inneren Verwaltung?

Gewerkschaftsbewegung.

Preussische Nadelstichpolitik. Die Polizei in K o l m a r in Posen ist jetzt außerordentlich darauf bedacht, daß seitens der organisierten Arbeiter nur ja keine ein Abzeichen trägt, welches der famosen Regierungsverordnung zuwiderläuft. Zum letzten Gewerkschaftsfest war ein Umzug genehmigt worden, aber mit der Bedingung, daß keine roten Blumen angesteckt würden. Die Arbeiter hatten aber trotzdem fast jeder eine solche staatsgefährliche Blume im Knopfloch. Als der Zug sich in Bewegung setzen wollte, forderte die aufgebotene Polizeimacht die Teilnehmer auf, die Blumen zu entfernen, oder der Zug werde aufgelöst. Um Weiterungen zu entgehen, entfernten die Arbeiter auch die Blumen. Nur einige Fischer behielten ihr Handwerksabzeichen, selbige natürlich nicht in roter Farbe, am Rock. Jetzt ist nun einem der Fischer ein Strafmandat zugestellt worden, weil er ein Abzeichen getragen haben soll, welches nicht in den preussischen oder den Reichsfarben gehalten war. Dabei ist das Abzeichen vernichtet und deshalb glänzend blank. Dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsstellens wurde überdies ein Strafmandat zugestellt in Höhe von 10 Mk., weil er es unterlassen haben soll, das beim Gewerkschaftsfest aufgeführte Theaterstück anzumelden. — Als vor einigen Wochen in K o l m a r ein Kornblumentag veranstaltet war, da konnte man von der Rührigkeit der Polizei sehr wenig merken, obwohl die angesteckten Kornblumen durchaus nicht in der preussischen Landesfarbe gedeihen.

Streik im Transportgewerbe. In C h e m n i z haben die bei der Müllabfuhrgesellschaft beschäftigten Kutscher und Mitfahrer die Arbeit am 10. d. Mts. niedergelegt, da die Firma sich weigerte, den allgemeinen Speditionsarbeitertarif für Chemnitz anzuerkennen. Die Firma zahlte noch bei der außerordentlich schmutzigen anstrengenden und gesundheitsschädlichen Arbeit bei 70 bis 80stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 23,50 Mk. Die Arbeiter fordern einen Einstellungslohn von 25 Mk., für Kutscher und 23,50 Mk. für Mitfahrer. Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Holzplagarbeiter in S e c k e n b u r g i. Ostrp. sowie in R u ß i. Ostrp. streifen. Die Unternehmer beantworteten die eingereichten Lohnforderungen der Arbeiter mit einem Gegentarif, der eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit und ganz erhebliche Abstriche an den bisher gezahlten Akkordlöhnen in sich birgt. Dazu kam, daß die Arbeiter in gerabezu unerhörter Weise schikaniert und behandelt wurden. Insgesamt stehen über 400 Holzplagarbeiter, die dem deutschen Transportarbeiterverbande angeschlossen sind, im Abwehrstreik. Da die Unternehmer alles Mögliche versuchen werden, Arbeitswillige für vorgenannte Orte anzuwerben, wird dringend ersucht, Zugang fernzuhalten.

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(106. Fortsetzung.)

Anton ahnte wohl, wie notwendig es sei, diesen Entschluß rasch auszuführen, wenn die Ausführung nicht an wiederkehrender Unschlüssigkeit zusehender werden, wenn sich Hedwigs Lockenkopf nicht noch einmal zwischen ihm und die Braut seiner Pflicht drängen sollte. Er machte Anstalt zum Gehen, da meldete man ihm den alten Korbmacher, seinen Feind, seinen Brotneider; den gefährlichen Kurator, den er im Laumel der Begehrenheiten schon ganz vergessen.

Dieser stellte sich ein, Rechnung zu legen. In der Linken hielt er ein leinernes Säckchen mit großen und kleinen Geldstücken gefüllt, in der Rechten ein Paket Rechnungen; seinen Hut hatte er bemüht auf der Türschwelle in eine Ecke geschoben. Er holte Atem auf einer langen, winselnden Anrede.

Anton unterbrach ihn und schnitt ihm das Wort ab. „Mein bester Herr Kurator,“ sagte er zu ihm, „der Gerichtshalter hat mir bereits mitgeteilt, daß alles in Ordnung ist. Ich quittiere in bester Form über eure Rechnungen. Was die Wühwaltung betrifft, die mein kleines Eigentum Euch gemacht, so nehmt als Bezahlung den Ertrag der vergangenen Jahre an. Behaltet den Überschub, den Ihr mir eingehändigen wolltet; Ihr könnt ihn gebrauchen, denn ich weiß am besten, wie wenig ein Korbmacher in Liebenau erwirbt, und ich glaube nicht, daß jetzt besser und prompter gezahlt wird, als vor sieben Jahren.“

Damit entließ er den Neidhardt, der nun der größte Verehrer und Lobredner wurde. „Ich habe es immer vorhergesagt,“ äußerte der alte Esel dann im „Kretscham“, „daß in dem Korbmacherjungen etwas mehr steckte; schon wie er fortließ, sprach ich, Ihr sollt sehen, der kommt wieder, — und wie!“

Gegen Abend pochte Anton bei Zieletunde leise an. Mit fester Stimme rief sie: „Herein!“ „Ich habe Euch erwartet Anton Hahn!“

„Erwartet, Fräulein Ottilie?“

„Erwartet. Geht Euch und sagt mir, was Ihr zu sagen ommt. Ich bin begierig, es zu hören.“

Hier, in diesem Zimmer, gnädiges Fräulein, ist meine Großmutter gestorben. — Kurz vor ihrem Tode sind Sie gekommen, die alte Frau zu besuchen, ihr ein Labial zu bringen, Abschied von ihr zu nehmen. Beim Weggehen hat es sich gefügt, daß Sie meine Turtel-

taube lobten, das Tierchen zu besitzen wünschten; dann wieder hat es sich so gefügt, daß Ihr Herr Vater, der Baron, und meine Großmutter, die Kantorswitwe, in einer und derselben Stunde zur Ruhe bestattet wurden. Am Grabe meiner Wohltäterin haben Sie mir Lebwohl gesagt. Seitdem haben wir uns nicht wiedergesehen. Wie ich Liebenau verlassen mußte, trug ich Ihnen die Taube aufs Schloß mit ein paar gereimten Zeilen — dann ließ ich fort. Da sind denn Jahre vergangen, ich habe vielerlei erlebt, Gutes und Schlimmes; vielerlei getan, — leider mehr Schlimmes, als Gutes... aber im Herzen bin ich eigentlich unverändert geblieben; bin immer noch der Anton von damals. Also hat mich's denn auch wieder hierher getrieben, nach meiner Heimat, wo mir der Friede blühte, wo meine Kinderträume wandeln, wo meiner Jugend erste Liebe aus jedem Strauche guckt. Hierher! Und da treffe ich nun ein, matt und müde, — ach, Fräulein Ottilie, so müde! ... und das erste, was mein Auge sieht, in jener Kammer drin, wo ich so oft um Sie geweiht, das ist meine Taube, mein Käfig, meine Reime.

Nehmen Sie mir's weiter nicht ungnädig; wie ich das erblickte, dachte ich bei mir: sie hat dich lieb gehabt... und sie hat dich noch lieb! Doch ich war der arme Vagabund, der zu Ihnen von solchen Dingen nicht reden durfte! dem Sie den Mund verriegelt hatten mit Ihrem Abschiedslusse auf der Mutter Grab... Folglich tat ich wie Unverstand und ging wieder. Nun schüttet der Himmel ein ganzes Füllhorn reicher Gaben über mich aus, daß ich verbugt um mich her schaue; und Gräfin Julia führt mich in Onkel Masus' altes Schloß, spricht zu mir: Ich bin deine Mutter, und dies Schloß ist dein! — Fräulein Ottilie, da war's wie wenn die Turteltaube noch einmal aufstebe und gurrt: „Zieletunde!“ — So bin ich also hierher gekommen, zu fragen, ob ich mich nicht getäuscht habe; zu fragen, ob — die Taube recht hat, und ob Ottilie Liebenau für ihr Eigentum und seinen gegenwärtigen Besitzer mit in den Kauf annehmen will?“

„Ich habe Sie erwartet, Anton. Auch diesen Antrag habe ich erwartet. Wie ich vernommen, was gestern auf dem Schlosse geschehen, wußte ich, daß Anton Hahn kommen würde, mit seine Hand zu bieten. Ich würde mich auch betraut haben, — um seine Netzen, wenn er es nicht getan. Denn es ist seines guten, edlen Herzens würdig, den ich heute seit meinen Kinderjahren, den ich heute noch liebe, unverändert, wie ich ihn lieben werde bis zum letzten Lebenshauche. Mein Gott, wie sollte ich's anfangen, Dich nicht zu lieben, Anton; Dich, Du Wonne und Schmerz meines ganzen traurigen Lebens? Ja, ja, so wahr ich lebe, ich liebe Dich! Aber so wahr ich lebe, Du liebst mich

nicht. Ich war Deiner Knabenzeit Morgentraum... der Mann hat ausgeträumt. Du hast gelebt draußen und geliebt, und vergessen und wieder geliebt... wie könnte es auch anders sein? Ich mußte Dir gleichgültig werden. Nur kommst Du heim, da regnen sich die begrabenen Erinnerungen im Schoße der Erde, säuseln herauf durchs Gras, daß die dünnen Palme zittern und kleine Angerblümchen weinen. Die sanfte Abendmelodie rührt Dich — Du nimmst Vergangenenheit für Gegenwart... Aber Du liebst mich nicht. Was auch solltest Du an mir lieben? Die stolze Tochter des Barons, die Dich von sich wies; die, mit ihrer heißen Leidenschaft für den armen Korbflechter in der Brust, sich kalt und vornehm von der Welt zurückzog von den Jhrigen, und hier in Deiner Hütte verkümmerte, verblüht, alt und häßlich wurde vor der Zeit? Mitleid konntest Du für sie haben, Mitleid, Teilnahme, Großmut, aber keine Liebe! Da bist Du, guter Junge, und willst das dürre, verkommene Bettelfräulein heimholen auf ihrer Väter Schloß, damit sie an Dir und Deiner Jugend und Deinen Lebensfreuden hänge, wie ein Lotengerippe. Wo hast Du Deine fünf Sinne, daß Du nur eine Sekunde lang wähen mochtest, Deine „kleine Zieletunde“ werde sich so sehr verleugnen, werde ein Gebüdnis eingeben, zu welchem Rechtslichtsgefühl, kindliche Anhänglichkeit Dich leiten? Ich habe Dich zu lieb, Anton, um Deine Frau zu werden! Und ehrlich gesagt, ich bin zu stolz, um Dich jetzt zum Manne zu nehmen, wo Du ein reicher, junger Herr bist, ich eine verblühte, arme Jungfrau. Stolz und immer Stolz! wirst Du ausrufen. Mag sein. Der Stolz ist mein Erbteil, und in meiner Armut ist er mein Reichtum! Ich danke Dir, Freund aus der Kindheit, Jugendgespieler, lieber, lieber Anton! Ich danke Dir für Deinen redlichen Willen, für Deinen treuen Sinn. Damit Du siehst, daß die arme Zieletunde nicht hochmütig ist in ihrem Stolz, will sie eine Bitte an Dich richten. Du bist der einzige Mensch auf Erden, den ich jemals um etwas bat. — Ich bitte Dich, mir Deiner Großmutter Häuschen zu schenken — vielmehr es mir zu lassen, damit ich es bewohne, bis ich sterbe! Gestern hätte ich diese Bitte nicht gewagt, denn gestern noch hattest Du selbst nichts, wo Du Dein Haupt hinlegen konntest. Heute hat sich das nun freilich geändert. Du bewohnst die Mauern, in denen ich aufwuchs; — lasse mich dagegen die kleinen Räume bewohnen, die Deine schönsten Jahre umschlossen. — Mein Anton, das Glück der Kindheit kehrt uns nie mehr wieder!

(Fortsetzung folgt.)

Die Leipziger Bäcker und der Brothofen. Im Leipziger Bäckerstreik über der Post zum Ärger der Innungsbrüder gute Wirkung aus, so daß bis jetzt 128 Bäckermeister bewilligt haben, die zusammen 164 Gesellen und 67 Lehrlinge beschäftigen. Nun legen sich die Bäckermeister auf Anweisung ihres Innungsvorstandes aufs Schwindeln und hängen in ihren Läden gefälschte Plakate aus, auf denen der Bevölkerung die unwahre Mitteilung gemacht wird, die Forderungen der Streikenden seien bewilligt. Volksversammlungen werden sich mit diesem Trick der Bäckermeister beschäftigen und darauf jedenfalls die richtige Antwort erteilen. — Auch einige Polizeibeamte glauben, den Bäckermeistern in ihrer Not beistehen zu müssen und nahmen mehrere Flugblattverteiler mit zur Wache, um die Flugblätter zu konfiszieren; die Freude der Bäckermeister über diese erwünschte Hilfe der Polizei war aber von sehr kurzer Dauer, denn noch ehe die Beschwerte der Streikleitung an die Polizeibehörde abgab, erschien im Streikbureau ein Kriminalbeamter mit den konfiszierten Flugblättern, wobei er bemerkte, seine Behörde lasse höchst unentschieden, denn die betreffenden Beamten hätten irrtümlich gehandelt und etwas ausgeführt, wozu sie keinen Auftrag erhalten hätten. — Einem Bäckermeister, der das Innungsbureau antelephonierte, daß er so hart bedrängt würde, daß er bewilligen müsse, wurde vom Innungsbureau die Antwort: „Es steht schon für die Meister so schlecht und wenn Sie noch bewilligen, dann fallen die übrigen Meister alle um. Warten Sie bis morgen, wo die Innungsversammlung Gegenmaßnahmen beschließen wird.“

Warnung vor Zuzug von Bauarbeitern nach Paris. Das internationale Generalsekretariat erhielt von der Pariser Bauarbeiterorganisation die Mitteilung von dem am Montag, dem 9. Juli, in Paris und im gesamten Seine-Departement ausgebrochenen Generalstreik aller Arbeiter der Bauindustrie. Es wird um strikteste Fernhaltung jeden Zuzuges von Bauarbeitern in das Streikgebiet ersucht. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

Die Streikbewegung in Rußland. Schon in den drei Sommermonaten des vorigen Jahres erreichte die Streikwelle in Rußland einen solchen Umfang, wie in dem ganzen vorhergehenden Jahre. In diesem Jahre hat die Streikbewegung einen noch größeren Umfang und Tiefe erreicht und durch ihre Hartnäckigkeit bereits die Unternehmer und die Regierung in Unruhe versetzt. Namentlich für die ersten ist der Aufschwung der Arbeiterbewegung recht unerwartet gekommen. Noch im Jahre 1908 erklärten die Unternehmer triumphierend, der Widerstand der Arbeiter sei in den grundlegenden Fragen der Lohnerhöhung und Arbeitszeitreduktion vollständig gebrochen. Da aber nun, nach dem Zeugnis der Unternehmer selbst, das Land augenscheinlich in eine Periode der industriellen Prosperität eintritt, so werden sich die Herren Unternehmer mit der gemöhnlichen Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Aufschwunges, den Arbeiterstreiks, abfinden müssen, und das umso mehr, als sie einerseits durch eine ungemein heftige Preistreibe, andererseits durch die Herabsetzung der Arbeitslöhne und der Erhöhung der Arbeitszeiten die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse in dem letzten Jahr fünf ungeheuer verschlechtert haben. Die Streikbewegung zu Anfang dieses Jahres trug vorläufig noch einen rein partisanenmäßigen Charakter und flammte in verschiedenen Punkten des Reiches und in den mannigfaltigsten Industriezweigen auf. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden von größeren Streiks folgende gemeldet: Petersburg — Textilarbeiter, Buchdrucker, Bäcker, Metallarbeiter; Nikolajew — Schiffbauarbeiter; Bjalostok — Textilarbeiter; Moskau — Textilarbeiter, Lederarbeiter; Riga — Metallarbeiter, Holzarbeiter usw.; Libau — Hafenarbeiter; Lódz — Textilarbeiter, Pharmazeuten usw. Mehr als die Hälfte der geschilderten Streiks trugen einen rein abwehrenden Charakter. Das Kapital sucht immer die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und den Arbeitern nicht bloß ihre früheren Erwerbschancen, sondern noch so viel wie möglich zu entreißen. Das zeigt — wie das Petersburger sozialdemokratische Blatt „Smesda“ sehr richtig bemerkt, — daß noch nicht alle Industriezweige in eine Periode der Prosperität eingetreten sind. Allerdings suchen die Fabrikanten in vielen Fällen auch dann die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wenn sie mit Befriedigung überhäuft sind. Aber dann suchen sie eben einfach die Apathie und die Gleichgültigkeit der Arbeiter zu ihren Gunsten auszunutzen. Im großen und ganzen kann man indessen behaupten, daß dort, wo die Periode der Prosperität eingetreten war, oder die Saison sich näherte, der Widerstand der Arbeiter recht heftig war und in vielen Fällen in Angriffsstreiks überging. Dieser Aufschwung zeigte sich namentlich bei den Textilarbeitern, Metallarbeitern, Lederarbeitern und bei den Arbeitern auf den Bauten und Sägemühlen. Die hier geschilderte Streikbewegung hielt auch in den nachfolgenden Monaten an. Nach einer Zusammenkunft der Zeitschrift „Deloi Schisni“ fanden im Mai und Juni folgende Streiks statt: Moskau — eine Reihe partieller Streiks, die zum Teil mit einem Siege endeten; Streiks in den Fabriken von Mandel und Reiz und bei der Moskauer Metallindustrie; Ljuberski (Gouv. Moskau) — „Internationale Gesellschaft für Nähmaschinen“ (1500 Arbeiter); Warschau — Drahtfabrik von Woljanowski, Manufaktur Wolja, ca. 1000 streikende Tischler; Genesko (Gouv. — Manufaktur von Bleskine, Dulewo — Porzellanfabrik von Kusnezow (2000 Arbeiter); Sebastopol — Bauarbeiter (vollständiger Sieg, Lohnerhöhung von 20 Proz.); Riga — Bauarbeiter, Waggonfabrik Wönig usw. Zu den geschilderten Streiks kommt noch der Kampf der Arbeiter gegen die Ausperrungen hinzu, die von den vereinigten Unternehmern zur Terrorisierung der Arbeiter inszeniert werden. Hervorzuhelien ist die Ausperrung der Wladowischen Schreibmaterialien-Fabrik in Warschau, wo 1800 Arbeiter ausgesperrt wurden, weil sie die erniedrigenden Zumutungen der Besitzer ablehnten. Dasselbe erklärten 40 vereinte Kupferwarenfabrikanten ihren Arbeitern eine Ausperrung. Ein heftiger Kampf tobte auch in der Buchenindustrie in russisch-Polen. Nach einer sechsmonatigen Ausperrung haben die Arbeiter den Sieg davongetragen. Jetzt hat dieser Kampf nach Wolkowischki (Gouv. Sumski) übergegriffen, wo die Arbeiter auf das hartnäckigste um den um teuren Preis errungenen Achtstundentag zu kämpfen haben.

Das Mysterium der Aktie.

h. Der Fetischismus des Geldes ist lange Jahrzehnte die Religion des Kapitalisten gewesen, heute hat er sich zum Mysterium der Aktie bekehrt. Es ist auch ein Ding, über dem sich ein normales Kapitalistengehirn schwere Stunden entsetzen lassen kann. Ist es nicht ein schon eigentümlich, daß für totes Geld lebendiges, „verdientes“ gegeben wird? Das tote Geld braucht nur verließen zu werden, gleich heißt es, bringt aus sich selbst heraus — so meinen auch in ihrer Zeit erst zu nehmende Nationalökonom — neues Geld zur Welt. Der Befehl, der Proletariat hat viel rascher begriffen, worin der Fetischismus des Geldes besteht. Seine Arbeit, sein

Geld ist es, was in die Taschen der Geldgeber, der Produktionsmittelbesitzer wandert.

Mit der Aktie, dem industriellen Wertpapier, das mitunter auch zum Entsetze jedes rechten Kapitalisten niederträchtig wertlos sein kann, entstand ein neues Mysterium.

Geld wird durch den Gelbbesitzer weggegeben. Sagen wir 1000 Mk. gibt er für eine Stiefelwichsefabrik — der Kapitalist ist garnicht so eigen, wie er gern scheinen möchte — in dem Moment, wo das Geld in die Hände der Betriebsleitung dieses schönen und nützlichen Unternehmens gekommen ist, ist es endgültig weg, verschwunden, zu industriellem Kapital geworden. Es wird vorausgibt für die Fabrik, für Maschinen, vielleicht auch für die ersten Arbeiterlöhne, die bezahlt sein müssen, ehe die abgeleitete Stiefelwichse bezahlt ist. Das Geld ist also verschwunden, in den industriellen Geldschranken verschwunden, in den Kreislauf der Produktion eingegangen, es ist, kurz gesagt, produktives Kapital geworden.

Der Aktionär der Stiefelwichsefabrik kann dieses Geld nicht wieder erhalten. Er hat nicht mal mehr einen Anspruch darauf! Er hat nur Anspruch auf einen seinen 1000 Mk. gleichen Teil des Ertragnisses. Dies ist die Zinseigenschaft des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft.

Ja sein Geld ist weg, und doch kann er den Papierbeleg für die weggegebene Summe alle Tage von seinem Bankier auf der Börse verkaufen lassen, und bekommt dann dafür richtiges Geld, nicht sein Geld, was er dem Unternehmen gegeben, aber doch Geld, anderes Geld. Und daß für ihn allergenüßigste ist, daß er im Normalfalle sogar mehr bekommt, als er dem Unternehmen, das auch schöne Stiefelwichse herstellt, gegeben hat. Hier sei nebenbei bemerkt: schöne Stiefelwichse muß es sein, sonst wird keine verkauft, das Unternehmen hat keine Überschüsse, auf den 1000-Mark-Anteil entfällt kein Zins und auf der Börse bekommt er für sein Papier noch weniger als er ursprünglich hergegeben hat.

Wir sehen, es sind recht verzwickte Dinge, die einen Kapitalisten trotz aller getauften Frömmigkeit doch leicht zum Mystifizieren machen können.

Wie ist die ganze Sache aber zu erklären? Nun, in der kapitalistischen Gesellschaft gewinnt nicht nur jede Summe die Fähigkeit, Zins abzumwerfen. Umgekehrt wird auch jedes regelmäßig wiederkehrende Einkommen, das übertragbar ist, als Zins eines Kapitals betrachtet und erhält einen Preis, der gleich ist dem zum allgemeinen herrschenden Zinsfuß kapitalisierter Betrag!

Stellen wir uns vor, daß die Stiefelwichsefabrik auf die 1000 Mk. 20 Proz. Dividende verteilt, so erhält der Inhaber dieser Zinsberechtigung, wenn er sie auf der Börse verkaufen läßt, dafür — nehmen wir einen allgemeinen Zinsfuß von fünf Prozent an — 4000 Mk.

Es war nicht immer so, der industrielle Profit war früher im allgemeinen höher als der jeweilige Durchschnittszinsfuß, aber jetzt, wo wir in den Effektenbörsen die Märkte haben, wo jedes Aktienangebot und jedes Aktiengeld, sich konzentriert, wo auch das Leihkapital in keinen Wünschen zusammenströmt, ist ein solcher Ausgleich immer deutlicher geworden.

Diese Reduktion auf den Zins ist also ein historischer Prozeß, der mit der Entwicklung des Aktienwesens und der Effektenbörse vor sich geht. Heute steckt in der Industriedividende, der industriellen Aktiendividende, nur Zins, früher war auch noch Unternehmerr Gewinn dabei.

Alles was über diesen Zins hinausgeht, verschwindet im Gründergewinn, resp. in den Extraprofiten bei Kapitalerhöhungen.

Wie sehr richtig diese allgemeinen Feststellungen sind, wie wir sie eben machten, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung.

Von acht Großbanken, es sind die mächtigsten auf dem Finanzmarkt, ist neben das Aktienkapital eine Zifferreihe gestellt, welche angibt, wie hoch der Börsenpreis einer Aktie von 1000 Mark dieser Unternehmen am 1. Juli d. J. war. Er ist, wenn wir an das denken, was vorhin über die Kapitalisierung des Zinses gesagt wurde, der Kurswert, oder mit anderen Worten, die Bezahlung der Rente, welche mit dem Besitze einer Aktie dieser Unternehmen erworben wird. In der dritten Zahlenreihe ist verzeichnet, welche Dividende die acht Großbanken 1910 verteilt haben. Und in der vierten Zifferreihe ist verzeichnet, welche wirkliche Verzinsung des Wertes der Aktie herauskommt, trotz der ziemlich hoch erscheinenden Dividende. Wir werden sehen — das kann schon vorweg genommen werden — daß nur eine normale Verzinsung des in den Aktien dieser Banken festgelegten Kapitals herauskommt. Hierbei sei beachtet, daß diejenigen, welche 1000 Mark für eine Aktie bezahlt haben bei der Gründung des Unternehmens, und dann zu dem um vieles höheren Kurswerte verkauften, natürlich ein Extragehäuß machten. Aber heute ist eine Aktie dieser Banken, die scheinbar hohe Dividenden verteilen, nur zu dem Kurswerte zu kaufen, und der Kurswert stellt den kapitalisierten Betrag der Dividende dar, er geht nicht über den üblichen Zinsfuß hinaus!

Name d. Bank	Kapital in Millionen	Marktpreis am 1. Juli	Dividende für 1910 in Proz.	Wirkliche Verzinsung des jetzigen Marktpreises in Proz.
Deutsche Bank	200,—	285,50	12,50	4,71
Dresdener Bank	200,—	158,75	8,50	5,35
Diskontobank Darmstädter Bank	200,—	188,30	10,—	5,30
Bank für Sozialwesen	160,—	126,60	6,50	5,13
A. Schaaffh. Bankverein	145,—	137,40	7,50	5,44
Berliner Handels-Gesellschaft	110,—	166,40	9,—	5,40
Kommerz- und Diskontobank	85,—	118,25	6,—	5,06
Nationalbank f. Deutschland	80,—	127,—	7,—	5,57
Zusammen resp. Durchschnitt	1190,—	161,—	8,37	5,57

Die acht Berliner Großbanken hatten also zusammen am 1. Juli 1911 1190 Millionen Mark Aktienkapital. Sie verteilten darauf im letztvergangenen Jahre eine Dividende (Durchschnitt) von 8,37 Prozent. Die Höhe dieser

Dividende ist aber nur eine scheinbare, denn der zu zahlende Durchschnittswert einer Aktie betrug nicht 100, sondern 161. Und wenn ein Kapitalist für eine Aktie statt 1000 Mark 1610 Mark ausgeben muß um die Zinsberechtigung auf 1000 Mark zu erhalten, so bekommt er in Wirklichkeit nicht 8,57 Prozent Dividende, sondern nur 5,57, sagen wir rund 6 Prozent. Diese 6 Prozent stellen die Verzinsung der 1610 Mark dar.

Für den braven Kapitalisten bleibt die ganze Gelegenheit trotzdem ein Mysterium; wie es „weniger“ Prozent werden können, wenn er sein Geld „arbeiten“ läßt, wird er nach wie vor nicht begreifen.

Aus Nah und Fern.

Ein sonderbarer Vorfall. Als ein 20jähriges Dienstmädchen auf einem Ferienausflug mit Kindern nach Redlich im Weissensee bade, erbot sich ein von der Fährländer Seite heranschwimmender Mann, mit den Kindern Schwimmübungen zu machen. Als die Kinder sich sträubten, bestimmte er das Dienstmädchen, mit seiner Unterflügel Schwimmübungen vorzunehmen. Das Dienstmädchen ist auf unangeführter Weise ertrunken. Nach Angabe der Kinder soll der Mann, der sofort nach dem Vorgang verschwand, das Mädchen unter Wasser gehalten haben. Die Leiche wurde noch nicht gefunden.

Die Explosionskatastrophe von Würgendorf. Durch die Explosion in der Dynamitfabrik von Würgendorf (Westfalen), über die wir bereits berichteten, wurden, wie sich herausstellte, acht Personen, fast alle arme Familienväter, getötet. Die meisten von ihnen waren, wie uns aus Siegen berichtet wird, buchstäblich in Felsen zerrissen. Drei andere Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie ins Wurbacher Krankenhaus gebracht werden mußten; sie haben schwere Brandwunden im Gesicht und an den Armen erlitten. Die erste Explosion erfolgte gegen 11 Uhr vormittags im Mengenhause mit donnerartigem Getöse. Sie griff auf das erste Lager über, wenige Minuten später erfolgte eine Explosion, im zweiten Lager. Die letzte Explosion war so stark, daß sich den Arbeitern auf dem Felde die Werte aus den Taschenuhren lösten und fast alle Umkleenagen in der Umgegend umgerissen wurden. Alle Arbeitsräume unter der Erde sind total zertrümmert. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt geworden; der Betrieb mußte gänzlich eingestellt werden. Ein Arbeiter, der mit einem Arbeitskollegen zur Zeit der Explosion in einem Patronenhaus beschäftigt war, schilderte den Hergang des Unglücks folgendermaßen: „Wir befanden uns in den unter der Erde gelegenen Arbeitsstellen, als plötzlich ein donnerähnlicher Knall ertönte und alles um uns finster wurde. Wir sprangen durch die Schutzfenster hinaus und stüchteten ins Freie. Hier gewahrten wir, daß das Mengenhause in die Luft geflogen war. Raum waren wir in Sicherheit, da erfolgte im Ohause eine zweite Explosion, durch die sämtliche unterirdischen Räume zerstört wurden. Die in den Arbeitsräumen beschäftigten Leute, meist Familienväter im Alter von 30 bis 40 Jahren, wurden entweder sofort getötet oder erlitten furchtbare Brandwunden am ganzen Körper. Zunächst wurde der Arbeiter Kreuz, der sich außerhalb des Ohauses aufgehalten hatte, tot aufgefunden. Ein großes Holzstück war ihm in den Kopf gedrungen. Den Arbeiter Diehl fand man völlig zerschmettert auf. Aus den Trümmern ragten blutige Körperteile, ein einzelner Fuß und der Rumpf eines Arbeiters ohne Kopf und Füße hervor.“ Geborgen und erkannt wurden zunächst zwei Tote. In Würgendorf sind sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. In den drei Kilometer entfernt gelegenen Ortschaften war der Luftdruck noch so stark, daß Kinder und Erwachsene zu Boden geschleudert wurden. Selbst in Siegen, das etwa 6 Kilometer entfernt ist, machte sich die Explosion derartig bemerkbar, daß die Leute an ein Erdbeben glaubten. Die Unglücksstätte ist durch Polizeibeamte abgesperrt. Mit den Aufräumungsarbeiten ist begonnen worden. Vor zwei Jahren hatte sich in der gleichen Fabrik schon eine Explosion ereignet, bei der zwei Mann getötet wurden. Die Fabrik gehört der Gewerkschaft Weissenburg. Eine Gerichtskommission sowie der Landrat des Kreises Siegen begaben sich unverzüglich an die Unfallstelle, um die ersten Untersuchungen über die Ursache der Explosionskatastrophe und die Rettungs- und Bergungsmaßnahmen zu leiten.

Der Kopenhagener Schnellzug überfuhr den zuletzt in Kranetgaard auf der Insel Moen ansässigen Dr. phil. Curt Schäfer aus Wandsb., dessen Kopf vollständig zermalmt wurde.

Eiße in Berlin. Am Mittwoch nachmittags um 2 Uhr betrug die Temperatur 29,5, kurze Zeit darauf 29,6 und erreichte ihre größte Höhe etwas später mit 30 Grad Celsius im Schatten. Der Tag war der heißeste, den Berlin in diesem Jahre bis jetzt hatte. Es kamen verschiedene Ditzschläge bei großen wie bei kleinen Menschen vor. Die Zahl der erkrankten und der eingegangenen Pferde ist ziemlich beträchtlich.

Unfall eines Abwinners. In Leuwarden machte der Flieger Max Olie Lager einen Aufstieg. Er sah sich zu einer plötzlichen Landung gezwungen und ging mitten unter der dicht gedrängten Zuschauermenge nieder. Vier Damen wurden verletzt, darunter eine schwer.

Racheakt. Als Bischof Macara, der bei seinen Verwandten in Ballelunga bei Palermo weilte, mit drei Neffen einen Wagen bestiegen hatte, sprangen zwei verummute Personen auf den Wagen, schossen auf die Insassen und verwundeten den Bischof sowie einen seiner Begleiter schwer. Der Grund des Überfalls soll ein Racheakt sein.

Die Cholera. Dem vor Malta eingetroffenen Dampfer „Hispania“, an dessen Bord Cholera festgestellt worden ist, wurde die Einfahrt in den Hafen verweigert. Vier Mann der Besatzung, die in Neapel an Land gegangen waren, erkrankten, einer starb und wurde auf See begraben.

Die Waldbrände in Nordamerika nehmen einen außerordentlichen Umfang an. Auch die Zahl der den Bränden zum Opfer gefallenen Menschenleben ist bedeutend größer, als nach den ersten Nachrichten anzunehmen war, und der ganze Umfang der Katastrophe ist bisher noch nicht zu übersehen. Nach amtlichen Feststellungen sind bei den Waldbränden an der Temiseaming und der nördlichen Ontario-Bahn 50 Personen ums Leben gekommen und über 200 verletzt worden. Die ganze Stadt Cochrane sowie die südlicher gelegenen kleinen Städte Porcupine und Pettsville im Goldminengebiet wurden zerstört. Hunderte von Menschen waren gezwungen, vor der übergroßen Hitze zu fliehen. Infolge der Dürre breitet sich das Feuer mit außergewöhnlicher Schnelligkeit aus. — Nach einem Telegramm aus Hailenbury wurden in Porcupine, als der Brand am ärgsten wütete, 600 Personen durch das Feuer nach dem See getrieben, an dem die Stadt liegt; der See hat schon dicht am Ufer eine beträchtliche Tiefe. 200 Personen sind ertrunken. — Bei dem Brande in Porcupine am Dienstag sind nach den letzten Schätzungen 300—400 Menschen umgekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Barg Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.

1. Stock: Großes Spezial-Lager in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben.

Durch Einführung von Neuheiten bedeutende Vergrößerungen.

Herren-Anzüge

15, 20, 30, 50 Mk. usw.

Herren- u. Jünglings-Anzüge

blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form, 12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.

Herren-Anzüge

zweireihiger Gehrock, 39, 47, 55, 59 Mk. usw.

Jünglings-Anzüge

in den modernsten Formen 25, 35, 45 Mk. usw.

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots

16, 25, 35 Mk. usw.

Buckskin- und gestreifte Kammgarn-Herren-Beinkleider

4,50, 6,75, 12, 15 Mk. usw.

Herren- u. Jünglings-Buckskin-, Cheviot- u. Kammgarn-Jackets

in allen Größen und Preislagen.

Knaben-Anzüge

Knaben-Blusen, Beinkleider, Pyjacks, ferner Höschen mit und ohne Leibchen in großer Auswahl. Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar. Sonntag, den 16. d. M., bis 6 Uhr geöffnet.

Billig!

Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel von Mk. 7.— bis Mk. 16.— breite Form, auch Lacktappen.

Br. Herren- und Damenstiefel in Chevreau von Mk. 7.50 und Mk. 9.50 an.

Kindersachen (br. und schwarz) billigst, Sandalen, weiße Segeltuchschuhe, bahntreue Turnschuhe von 90 Pfg., Herkules Mk. 8.75, Herren- schw. Segeltuchschuhe Mk. 2.50.

H. Schluß, Schlumacherstr. 31.

Rote Rabattmarken.

Billig!

Käse!

Käse!

Wir empfehlen zum Volksfest:

Prima Holländer Rahmkäse	Pfund	80	und	90	Pfg.
" Schweizerkäse	"	80	"	90
" Tilsiter Vollfett	"	60	"	70
" Tilsiter Fettkäse	...	"	30, 40	u.	50
" Münchener Bierkäse, vollfette Ware			65		"
" Echte Allgäuer Stangenkäse	Pfund	60			"

Wirte und Restaurateure haben Vorzugspreise.

Gebr. Oldekop, Huxstr. 83/85.

Beerdigungsanstalt Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Selten günstiges Angebot!

Empfehle für morgen, Sonnabend, und Sonntag:

Fettes Kalbfleisch

in guter Qualität,

das Pfund nur 80 Pfg.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer

Wurst- und Fleischkonervenfabrik.

August Scheere.

Gastwirtschaft von Karl Lachmann befindet sich Schmiedestraße Nr. 3 früher F. Mirow.

Billige Preise für fertige Anzüge.

Wegen vorgerückter Saison verkaufen wir jetzt zu nachstehend ganz bedeutend herabgesetzten Preisen:

Fertige Herren-Jackett-Anzüge

herabgesetzt 38 33 27 25 24 22 18 17⁵⁰ 15 12 9⁰⁰
früherer Preis 46 41 35 32 29 27 25 22⁵⁰ 19 15

Knaben-Anzüge

von 17⁵⁰—12 Mk.

Sommer-Joppen

von 75 Pfg. an.

Wasch-Anzüge

Blusen v. 50 Pfg. bis 5 Mk.

Gebr. Vandsburger

Inhaber: Heinrich Wellmann. Holstenstraße 10

Rote Rabattmarken trotz billiger Preise.

Hans Kamerhuis

Obere Wahnstrasse 17.

Fernspr. 2035.

Spezialhaus für sämtliche Herren-Artikel.

Große Auswahl in

Herrenwäsche
Krawatten
Unterzeugen (Porös)
Schirmen, Hüten
Oberhemden
Sportgürtel

Fremdl. gutes Logis

billig zu vermieten Wahnstr. 71. Zwei-Zimmer-Wohnung zu verm. Meierstraße 18a.

Gel. 1. Et. von einz. Leuten eine abgeschl. 2-Zimm.-Wohnung auf Markt. Preis 200—210 Mk. Off. unt. M F an d. Exp. d. Bl.

1 guterh. Kinderwagen

zu verkaufen Elmstraße 10a.

Fast neuer Kachelherd mit Kupfertessel zu verkaufen. Waisenhotstraße 6.

Rasier-, Friseur- u. Haarschneide-Salon

Neuerst saubere Bedienung.

Wilh. Benthin.

Marktstraße 42c.

Prima Senftenberger u. Braunschweig. Briletts

liefert zum billigsten Sommerpreis frei Haus Ernst Niset, Schlutup.

Prima Hartkofs

vom Hochofenwerk Lübeck liefert billigt frei Haus

Ernst Niset, Schlutup.

Schweriner Gastkofs u. westfälischen Hartkofs

liefert billigt frei Haus Ernst Niset, Schlutup.

E. Boy, Königstr. 61. J. 1811. Markthall 46.

Sonnabend morgen frisch eintreffend: Rotungen Wfd. 40 Pfg., Schellfische 25 Pfg., Kabeljau Wfd. 25 Pfg., Seelachs 20 Pfg.

Eine Partie

Bruchkäse

besonders preiswert.

Johannes Müller

Gartenstraße 21.

Käselager Schlumacherstr. 12.

Tilsiter Pfund 20 Pfg. Schweizerkäse Pf. 30 u. 40 Pfg. Verkauf auf der Diele.

„Zur Hansa“

Fischstraße 21.

Täglich von 12—3 Uhr.

Gr. bürgert. Mittagstisch

nach der Karte a Person 65 Pfg.

— Abonnement: Ermäßigung. — Abendstamm von 6 Uhr an 40 und 50 Pfg.

TURUL-SCHUHE

erfreuen sich

Allgemeiner Beliebtheit

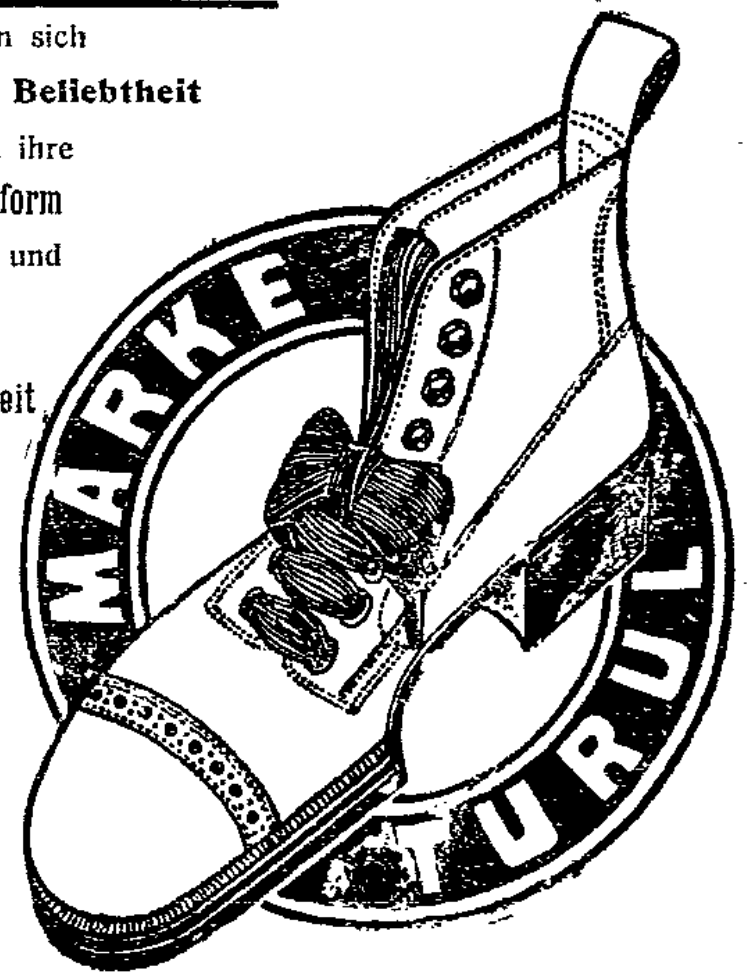
durch ihre

Hervorragende Passform

Elegantes Aussehen und

Billigen Preise.

Garantie für Haltbarkeit.



Einheitspreis für Herren- und Damenschuhe:

Spezialmarke 7²⁵/_M

Original

Goodyear Welt 9⁵⁰/_M

TURUL-SCHUHFABRIK:

Alfred Fränkel Com.-Ges.

Verkaufsstelle:

Lübeck, Breitestr. 49.

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns.

Süße Pflicht

sollte es jeder Mutter sein, ihren Kleinen regelmäßig die beliebten köstlichen und nahrhaften Hansa-Puddings zu geben, die nur allein mit dem echten Hansa-Puddingpulver hergestellt werden können. Zudem wertvolle Gratisprämien wobei auch Hansa-Backpulver und Vanillinzucker mitzählen. Prämienverzeichnisse überall umsonst oder von Nahrungsmittelfabrik „Hansa“, Hamburg 6.

Sonder-Angebote zu Reklamepreisen.

Kinderstrümpfe		erprobte Qualitäten.									
Für das Alter von		1-2	2-3	4-5	6-7	7-8	9-10	10-11	11-12	13-14	
Qual. 986	schwarze Wolle plattiert	0.42	0.48	0.55	0.65	0.75	0.88	0.95	0.98	1.10	
Qual. 911	lederfarbig baumwollg.	0.48	0.58	0.68	0.75	0.85	0.98	1.10	1.25	1.45	
Schwaben-Strümpfe, reine Wolle, Doppel-Ferse und Spitze		0.65	0.75	0.98	1.25	1.52	1.65	1.75	1.85	1.95	
Kinder-Socken, große Vorräte, besonders preiswert, Qual. 680		0.48	0.52	0.65	0.75	0.85	0.95	reine Wolle, braun grau, bl., m. fb. Kante			

Damenstrümpfe	schw. Baumw., engl. Länge . . .	Paar	28 Pfg.
Damenstrümpfe	schw. Baumw., deutsche Länge	Paar	48 Pfg.
Damenstrümpfe	schw. Wolle, deutsche Länge . . .	Paar	95 Pfg.
Damenstrümpfe	alle mod. Farben, engl. Länge . . .		65 Pfg.
Damenstrümpfe	alle Farben, durchbrochen, englische Länge	Paar	95 Pfg.
Damenstrümpfe	schw., durchbr.	Paar	1.35 M. 95 Pfg.
Herren-Schweiß-Socken		Paar	85 75 65 48 38 28 Pfg.

Damen-Handschuhe
 halblang, weiß Paar 85[⁄] 65[⁄] 45[⁄] 35[⁄]
 halblang, weiß, Seide Paar 1.95 M. 1.65 M.
 halblang, schwarz, durchbrochen, Paar 1.25 M. 98[⁄] 65[⁄]
Gelegenheitsposten farbiger halblanger Damen-Handschuhe durchbroch., Wert 2.00 M., jetzt 95[⁄]

Korsetts.
 Unsere Marken sind besonders sorgfältig auf ladelosen Sitz geprüft.
 Korsetts aus grauem Drell 95[⁄]
 kurzültig, bequem 1.60 1.25 M.
 langültig 2.95 2.45 1.95 M.
Frack-Fasson
 hübsch ausgestattet 5.50 2.75 M.
Neuheit! : Für die Direktoren-Mode :
 Lang nach unten gehende Form aus prima Satindrell, mit 4 starken Strumpfhaltern 4.90 M.

Ein Posten Wasch-Unterröcke . 3.95 M. 2.95 M.
 Weiße Unterröcke mit Stick-Vol. 4.25, 3.50, 2.95, 1.95 M.
 Damen-Kniebeinkleid mit Stickerei . 2.35 M. 1.85 M.
 Damen-Hemden mit Achselabschluss 1.65 M. 1.38 M. 95[⁄]
 Phantasie-Hemden reich garniert 3.25, 2.50, 1.95 1.75 M.
 Untertailen in grosser Auswahl.

Damen-Gürtel Serie I II III IV V
 25[⁄] 50[⁄] 75[⁄] 95[⁄] 1.45 M.
Weiße Waschgürtel . . . 95[⁄] 85[⁄] 75[⁄] 65[⁄]
 Moderne Gürtelschlösser, Gürtelbänder, Jabots, Kinder-Schärpen, Handtaschen.
Moderne Herren-Krawatten und Oberhemden in großer Auswahl.

Weiße Achselenschürzen mit Stickerei 95[⁄]
Weiße Miederschürzen elegant. Sitz, von 1.75 M. an
Weiße Prinzessschürzen feinst. Ausfüh., von 2.35 M. an
Dam.-Batisttaschentuch m.farb.Kante 1/2 Dtz. 1.25 M. 95[⁄]
Damen-Madeirätücher 8 Stück 95[⁄]
Herren-Batisttücher mit farb. Kante, Stück 48[⁄] 35[⁄]

Weiße Damenblusen indisch Mull, reich garniert . . 1.95 1.65 M.
 Weiße Kostümröcke unter Preis 4.25 3.50 2.95 M.
 Weiße Kinderkleider im Preise weit herabgesetzt.

Knaben-Waschblusen von 0.95 M. an
 Knaben-Waschanzüge von 1.95 M. an
 Knaben-Trikot-Hosen und Sweater.

Markmann & Meyer,

Lubeca-Marken oder 4% in bar.

Breite Strasse 44-46.

Lubeca-Marken oder 4% in bar.

Auf Kredit

Anzüge

Für 18 M. Anzahlung 4 M.
 Für 24 M. Anzahlung 5 M.
 Für 30 M. Anzahlung 8 M.
 Für 40 M. Anzahlung 10 M.

Damen-Konfektion
 Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Uhren.

Auf Kredit

Möbel

im Preise v. 65 M., Anz. 8 M.
 im Preise v. 98 M., Anz. 10 M.
 im Preise v. 128 M., Anz. 12 M.
 im Preise v. 200 M., Anz. 20 M.

Einzelne Möbel
 Kinderwagen etc.
 von 3 M. Anzahlung an.

H. Kesten

17 Holstenstrasse 17, 1. Etage.

Gelegenheitskäufe!
75 Taschen-Uhren
 u. verschiedene Musikinstrumente sind staunend billig zu verk.
Huxstr. nur 121.

Schinken in Stücken
 Pfd. 115 Pfg.
 Speck, fett u. mager Pfd. 85[⁄]
 Schmalz 60
 Holländer Käse 80
 Schweizer Käse 80
 Tilsiter in Stan. 60
 Tilsiter Fettkäse 40
 Soliteiner Käse 20
 Sach, ger. 30
 10 Eier 60
 10 neue Somm.-Seringe 45[⁄]
Eduard Speck
 Hüxstraße 80 u. 82.

Käse! Käse!
 Guter Tilsiter 20 u. 30 Pfg.
 große Partie vollsetzen
 Tilsiter, pikant . . . 55 Pfg.
 Detail-Verkauf
 direkt vom Engros-Lager
Fleischhauerstraße 48.

Frische Grassutter
 Pfund 1.25 M.
10 Eier 60 Pfg.
Hans Wegener,
 Obere Bahnhöfstr. 10.
 Rote Lubeca-Marken.
Achtung Radfahrer!
 Während des Volksfestes werden Fahrräder am Eingang des Festplatzes zur Aufbewahrung angenommen

Prima Schweinefleisch, Bratenstücke Pfd. 60[⁄]
Va. dicke Flomen p. Pfd. 60[⁄]
Va. Kopf u. Bein frisch und gepöfelt . p. Pfd. 15[⁄]
Va. Eisbein frisch und gepöfelt . p. Pfd. 40[⁄]
Va. Kochrippen frisch und gepöfelt . p. Pfd. 15[⁄]
Gel. Mettwurst p. Pfd. 70[⁄]
Leberwurst p. Pfd. 70[⁄]
Va. weißes Schmalz b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. 65[⁄]
Va. ger. Schweinebacken ohne Knochen p. Pfd. 65[⁄]
Va. fetten Speck b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. 65[⁄]
Va. mageren Speck b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. 75[⁄]
Va. ger. Hofschultern ohne Knochen p. Pfd. 90[⁄]
Va. ger. Schinken in Stücken p. Pfd. 100[⁄]
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16. Fernr. 1874.

Volksfest 1911.
 Allgemeiner Treff- und Sammelpunkt:

Moislinger Baum

Brauerei Walkmühle.

Zum Volksfest
 empfehle einem geehrten Publikum mein beliebtes

helles Kaiserbier

 welches in mehreren Zelten und Restaurants in feinsten Qualität zum Ausschank gelangt.
 Hochachtungsvoll
H. Lück.

Ausverkauf in Schuhwaren.
 Extra billige Preise.
 Hunderte von Paaren, teils zur Hälfte des reellen Wertes.
Bitte Schaufenster beachten.
Drenske, Breite Straße 21.